

**Niederschrift
über die 16. Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2007**

I.: Ort: Landratsamt Pasewalk, Kürassierkaserne, Haus 3
 Datum: 17.12.2007
 Beginn: 14:00 Uhr
 Ende: 16:55 Uhr

II.: Von den 47 Mitgliedern des Kreistages nehmen 45 an der 16. Sitzung des Kreistages teil.
 Die Teilnahme der Mitglieder des Kreistages an den einzelnen Tagesordnungspunkten während der Sitzung ist unterschiedlich.

Anwesend sind:

Ammon, Michael	Obst, Anneliese
Bauer, Gerhard	Odendall, Maria-Theresia
Dr. Blohm, Helmut	Otterstein, Rudi
Brauchler, Roland	Peeger, Marlies
Drechsler, Irmhild	Pinzke, Denis
Erinski, Alexander	Poch, Ulrich
Friese, Norbert	Radant, Frank
Gottschalk, Ralf	Raulin, Norbert
Grams, Friedbert	Röhl, Jürgen
Gutgesell, Dennis	Roloff, Rudi
Haack, Norbert	Dr. Sander, Horst
Heder, Dieter	Dr. Schendel, Götz (ab TOP 6)
Horn, Joachim	Schlupp, Beate
Dr. Irle, Ulrich (ab TOP 5)	Dr. Seidel, Alfred
Jürgens, Gesine	Stegemann, Günter (ab TOP 5)
Kiel, Gerhard	Thiede, Christel
Koschnitzki, Jutta	Tornow, Peter
Kowalski, Dietmar (ab TOP 5)	Verchow, Cornelia
Krins, Matthias (ab TOP 5)	Wagner, Günter
Leu, Franz	Werner, Anneliese
Lunow, Rainer	Zibell, Antje
Meistring, Lothar	Zimmermann, Arno
Müggenburg, Günter	

Folgende Mitglieder des Kreistages nehmen an der Sitzung nicht teil:

Orwat, Dieter	- entschuldigt
Texter, Andreas	- entschuldigt

III. Tagesordnung

Die Einladung zur 16. Sitzung des Kreistages ist den Mitgliedern des Kreistages ordnungsgemäß zugegangen.

Absetzen von Tagesordnungspunkten:

Punkt 7 a „Personelle Besetzung im Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten“ kann wegen kurzfristiger personeller Veränderungen nicht behandelt werden.

Einstimmig wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 10 „Wahl des Stellvertreters für die Gruppe der sachkundigen Bürger für den Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow“ kann ebenfalls wegen kurzfristiger personeller Veränderungen nicht behandelt werden.

Einstimmig wird der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist folgende veränderte Tagesordnung angenommen:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung
2. Nachrücken und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007
4. Einwohnerfragestunde
5. Mitteilungen des Landrates
6. Wahl des Beigeordneten des Landkreises Uecker-Randow
7. Personelle Besetzung im Ausschuss für Bildung und Kultur
8. Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH
9. Wahl der Mitglieder in den Beirat der Asklepios Klinik Pasewalk
10. Wahl des weiteren Vertreters und seines Stellvertreters für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern
11. Bericht der Patientenbeschwerdestelle

12. Bericht des zeitweiligen Ausschusses zur zukünftigen Sicherstellung der flächen-deckenden medizinischen Versorgung im Landkreis Uecker-Randow
13. Beschluss über die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Landrates des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2006
14. Haushaltssatzung 2008 des Landkreises Uecker-Randow
15. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2008
16. Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren des Landkreises Uecker-Randow „Verwaltungsgebührensatzung“
17. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Kreissparkasse Uecker-Randow
18. Antrag auf die Führung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Torgelow als Ganztagschule in offener Form
19. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

20. Reinigungsleistung am Greifen-Gymnasium Ueckermünde einschließlich Turnhalle
21. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Kreisausschusses vom 28.11.2007 zur Zuschlagserteilung rettungsdienstlicher Leistungen im Landkreis Uecker-Randow – Rettungswache Strasburg und Notarztstandort Strasburg -

TOP 2: Nachrücken und Verpflichtung eines Kreistagsmitgliedes

Frau Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, hat mitgeteilt, dass sie ihr Mandat aus beruflichen Gründen niederlegt. Der Nachfolgende, Herr Hardow, hat das angenommene Mandat wieder zurückgegeben.

Durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass von der Liste des Wahlvorschlages der CDU im Wahlbereich V Herr Franz Leu, das Mandat angenommen hat und damit Mitglied im Kreistag Uecker-Randow wurde.

Herr Leu wird durch den Kreistagspräsidenten durch folgenden Text mit Handschlag verpflichtet:

*Ich verpflichte Sie zur gesetzlichen Ausübung Ihres Amtes und gewissenhaften Erfüllung Ihrer Pflichten zum Wohle des Landkreises Uecker-Randow.
Ich weise Sie insbesondere auf Ihre Verschwiegenheits- und Treuepflicht hin.*

TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007

Anträge zur Niederschrift liegen nicht vor. Die Niederschrift der 15. Sitzung des Kreistages vom 08.10.2007 wird einstimmig bestätigt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Anfragen gestellt, die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 5: Mitteilungen des Landrates

Mitteilungen des Landrates, Herr Dr. Böhning – siehe Anlage 1.

TOP 6: Wahl des Beigeordneten des Landkreises Uecker-Randow

Herr Dr. Sander informiert einfühend:

Die Kommunalverfassung bestimmt im § 117, dass der Kreistag zwei Stellvertreter des Landrates wählt, die ihn im Fall seiner Verhinderung vertreten.

Die Möglichkeit zur Wahl von Beigeordneten ist zulässig. Dazu bedarf es einer entsprechenden Regelung in der Hauptsatzung. Wurde eine solche Regelung in der Hauptsatzung getroffen, sind aus dem Kreis der Beigeordneten zwingend die Stellvertreter des Landrates zu wählen.

In unserer Hauptsatzung finden sich die Vorschriften zum Beigeordneten und Stellvertreter des Landrates im § 12.

Festgelegt ist hier, dass der Kreistag einen hauptamtlich tätigen Beigeordneten für die Dauer von 8 Jahren wählt, der den Landrat im Fall seiner Verhinderung vertritt. Ein dem Landrat unmittelbar nachgeordneter leitender Mitarbeiter wird zum 2. Stellvertreter des Landrates gewählt.

Aus diesen Regelungen ergibt sich, dass mit der Wahl zum Beigeordneten gleichzeitig die Wahl zum 1. Stellvertreter des Landrates erfolgt.

Der bisherige Beigeordnete des Landrates, Herr Dr. Arnim Beduhn, wurde bekanntlich nach Vollendung seines 65. Lebensjahres gemäß § 44 des Landesbeamtengesetzes Mecklenburg-Vorpommern zum Ende des Monats November 2007 in den Ruhestand versetzt.

Mit Schreiben vom 07.08.2007 wurden den Kreistagsmitgliedern die Möglichkeiten aufgezeigt, die es für die Wahl des Beigeordneten gibt. In entsprechender Anwendung des § 116 Abs. 2 KV M-V ist die Stelle des Beigeordneten nicht mehr zwin-

gend, sondern nur auf Antrag einer Fraktion oder eines Viertels aller Kreistagsmitglieder öffentlich auszuschreiben. Ein derartiger Antrag lag nicht vor. Vielmehr wurde nach Erörterung der Thematik am 22.08.2007 im Kreisausschuss übereinstimmend festgelegt, auf die öffentliche Ausschreibung der Stelle zu verzichten.

Das Schreiben vom 04.09.2007 setzte die Kreistagsmitglieder dann über den Wahltermin des Beigeordneten für den Landkreis Uecker-Randow in Kenntnis und forderte zur Abgabe von Wahlvorschlägen auf.

Innerhalb der Bewerbungsfrist sind zwei Bewerbungen für diese Stelle eingegangen.

Es handelt sich um die Bewerbungen von Herrn Dennis Gutgesell und Herrn Gerd Hamm.

Beide Herren sind zum Kreistag anwesend.

Die Bewerbungen lagen seit dem 01.11.2007 zur Einsichtnahme für die Kreistagsmitglieder aus.

Beide Bewerber sind aus ihrer Tätigkeit und ihrem Wirken im Landkreis bekannte Persönlichkeiten. Dennoch besteht die Möglichkeit der Fragestellung an die Kandidaten.

Frau Schlupp

Da von der Möglichkeit der Einsichtnahme in die Unterlagen der beiden Kandidaten lediglich 5 Kreistagsmitglieder Gebrauch gemacht haben und wir im Vorfeld gehört haben, dass es unterschiedliche Auffassungen zur fachlichen Eignung und Sachkunde gibt, würde ich darum bitten, dass sich beide Personen kurz mit Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf Sachkunde und fachlicher Eignung dem Kreistag vorstellen.

Herr Gutgesell

Mein Name ist Dennis Gutgesell, ich bin 31 Jahre alt, verheiratet und habe 2 Kinder. Ich bin Bürgermeister der Stadt Eggesin seit Herbst 2003. Im Vorfeld habe ich ein Fachschulstudium zum Staatlich geprüften Betriebswirt absolviert. Im Rahmen meiner Arbeit habe ich mir umfangreiche Verwaltungskennnisse angeeignet und sehr erfolgreich, denke ich, über 4 Jahre bislang die Verwaltung der Stadt Eggesin geführt. Ich habe auch eine Fusion mit dem Amt Ueckermünde-Land absolviert und denke, insgesamt ist man mit dieser Arbeit zufrieden, jedenfalls was mir bislang zur Kenntnis gekommen ist.

Frau Schlupp, ich habe auf Ihren Hinweis hin meine fachliche Eignung von einer renommierten Anwaltskanzlei noch einmal abprüfen lassen und diese hat mir die fachliche Eignung noch einmal bestätigt. Es war die Kanzlei Ihres Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Armin Jäger, und ich denke, auch diese Kanzlei ist geeignet, das einzuschätzen. Herr Raulin hat noch einmal in der Presse geschrieben, was das Innenministerium dazu sagt, von daher denke ich, dass das Betriebswirtschaftsstudium nur dienlich sein kann, in der Zukunft hier diese Kenntnisse mit in die Verwaltung einzubringen. Denn Doppik und betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse sollen in der Verwaltung mit der Verwaltungsstrukturreform umgesetzt werden und von daher denke ich, ist es durchaus sinnvoll mich hier einzubringen.

Herzlichen Dank.

Herr Hamm

Herr Präsident, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, mein Name ist Gerd Hamm, ich bin am 18.07.1960 geboren, verheiratet und habe eine Tochter. Von der Qualifikation her bin ich Lehrer für die unteren Klassen, Studium von 1976 bis 1980. 1984 bis 1986 war ich an der Humboldt-Universität zu Berlin, habe dort meinen Diplompädagogen erworben. Nach der Wende bin ich Amtsleiter für Jugend, Soziales und Kultur im Landkreis Pasewalk geworden. Mit der Gebietsreform ist diese Funktion dann in den Jugendamtsleiter gewechselt und dann in den Bereich für Jugend, Bildung, Kultur. Von 1994 bis 1996 habe ich noch ein Studium beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge absolviert, was als Diplomleitungsfachkraft für Ämter und Verbände abschloss. Ich glaube, diese Voraussetzungen fachlicherseits dürften undiskutiert sein. Im Ehrenamt bin ich seit vielen Jahren Gemeindevertreter in Ferdinandshof, seit einigen Jahren Amtsvorsteher, erst im Amt Ferdinandshof, jetzt im Amt Torgelow-Ferdinandshof.

Für die Bewerbung auf diese Stelle gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist auf jeden Fall mich noch mehr einzusetzen für diesen Landstrich, den ich doch schon sehr lange kenne, weil ich hier auch geboren bin. Zum Zweiten soll ein Signal hinsichtlich der Finanzen des Landkreises, sowohl an das Land als auch in der Verwaltung selbst, gesetzt werden. Wir würden durch diese Kopplung immerhin 60.0000 Euro im Jahr sparen. Ich denke, das ist ein Argument, dem man sich auch nicht verwehren kann. Und nicht zuletzt ist der 1. Beigeordnete und wie der Landrat mir bestätigt hat, denkt er nicht an eine Umstrukturierung der Verwaltung, zuständig gewesen für die Bereiche Gesundheit, Jugend, Soziales, Schulverwaltung und Kultur. Passgerecht war ich in den zurückliegenden Jahren in diesen Bereichen tätig und möchte meine Erfahrungen und Kenntnisse dort einbringen.

Frau Schlupp

Ich muss dem Landrat leider widersprechen. Ich muss darauf hinweisen, dass der Kreistag eben nicht über die Sachkunde entscheidet, sondern dass da das von ihm bereits erwähnte Parchimer Urteil greift, in dem steht: „Selbst wenn der Kreistag bei seiner Wahlentscheidung auch das Anforderungsprofil bedacht haben sollte, hat er den Sachkundebegriff verkannt. Die Anforderungen, die an den Bewerber für das Amt eines Beigeordneten beim Landkreis zu stellen sind, erfüllt der Kläger aus nachstehenden Gründen erkennbar nicht. Zu diesem Ergebnis hätte auch der Kreistag gelangen müssen, wenn er die nach dem Gesetz geforderte Sachkunde ausreichend in den Blick genommen und deren Voraussetzungen geprüft und bedacht hätte.“

Es ist also dort in diesem Zusammenhang dem Kreistag abgesprochen worden, dass er diese Entscheidung korrekt getroffen hat, das nur der guten Ordnung halber.

Zu Herrn Gutgesell möchte ich sagen: Ich habe es mir nicht leicht gemacht, ich habe Sie ja auch im Vorfeld informiert, damit Sie Möglichkeiten haben, denn es geht nicht gegen Sie als Person. Wir haben immer gut zusammengearbeitet und ich weiß Ihre Arbeit durchaus zu schätzen. Aber ich habe mich mit Verwaltungsrechtlern, u. a. mit Dr. Armin Jäger, über die Voraussetzungen unterhalten, der ja dieser Kanzlei immer noch angehört und er hat mir eben eine entgegengesetzte Auskunft gegeben und ich habe per heute auch im Innenministerium nachgefragt, es sind dort keine Unterlagen eingegangen, die eine Prüfung und eine konkrete Aussage zur Geeignetheit überhaupt zulassen würden. Deswegen habe ich auch beide, den Landrat und Herrn Gutgesell informiert, denn nur die beiden wären in der Lage gewesen, mit den gesamten Unterlagen eine kurzfristige Prüfung in der Kommunalabteilung des Innenministeriums überhaupt zu veranlassen.

Herr Gutgesell

Eine kurze Gegenrede hier an der Stelle. Mir liegt ein Schreiben von der Kanzlei Klostermann, Monstadt, Schmidt, Eisbrecher vor, das ist die besagte Kanzlei von Herrn Dr. Armin Jäger. Anwälte dieser Kanzlei haben mich beraten und ich habe auch auf dieses Urteil hingewiesen und gebeten, es einzubeziehen und zu berücksichtigen. Hierbei war es zufällig so, dass diese Kanzlei den angesprochenen Fall vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt hat und Zitat „Herr Dr. Hobbeling (das war damals der zuständige Richter) verlangte nur Grundkenntnisse im Verwaltungsrecht für die erforderliche Sachkunde, Herr war zwar Diplompsychologe, hatte aber nicht einmal Grundkenntnisse. Meines Erachtens genügt die 4-jährige Praxis und Leitung einer Stadt- und Amtsverwaltung als hauptamtlicher Bürgermeister. Dirk Zierau, Rechtsanwalt dieser Kanzlei.“

Wie gesagt, derjenige, um den es im Urteil geht, hatte weder ein Verwaltungsstudium, noch jemals irgendwann eine Verwaltung geführt. Von daher denke ich, hinken die Vergleiche doch sehr deutlich.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Frau Schlupp beantragt geheime Wahl.

Wahlhandlung

Bekanntgabe des Wahlergebnisses:

Von den 45 anwesenden Mitgliedern des Kreistages haben 45 an der Wahl teilgenommen. Alle abgegeben Stimmen sind gültig.

Es entfallen:

24 Stimmen auf Herrn Gutgesell

21 Stimmen auf Herrn Hamm.

Mit 24 Stimmen hat Herr Gutgesell die geforderte absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen können und ist als Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Landrates im Landkreis Uecker-Randow gewählt.

Die Frage an Herrn Gutgesell, ob er die Wahl annimmt, beantwortet er mit ja.

Es folgen Glückwünsche an Herrn Gutgesell vom Kreistagspräsidenten, Landrat und den Fraktionen.

Herr Gutgesell bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu seiner Wahl und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Die Wahl erhält die **Beschluss-Nr. 16/121/07**.

TOP 7: Personelle Besetzung im Ausschuss für Bildung und Kultur des Kreistages

Durch das Ausscheiden von Frau Fiedler-Wilhelm aus dem Kreistag ist ihr Platz im Ausschuss für Bildung und Kultur neu zu besetzen. Vorschlagsrecht und Wahlverfahren für die Neubesetzung des frei gewordenen Platzes richten sich nach § 110 Abs. 1 und 2 KV M-V.

Die CDU-Fraktion schlägt für die Besetzung dieses Platzes Frau Antje Zibell vor. Frau Zibell ist bereit, im Ausschuss für Bildung und Kultur mitzuarbeiten.

Abstimmung:	dafür:	45
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Zibell einstimmig in den Ausschuss für Bildung und Kultur gewählt.

Die Wahl von Frau Zibell erhält die Beschluss-Nr. **1/11/04 – 4. Änderung.**

TOP 8: Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH

Durch das Ausscheiden von Frau Fiedler-Wilhelm aus dem Kreistag ist der durch sie besetzte Platz im Aufsichtsrat der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH neu zu besetzen.

Auch hier richtet sich Vorschlagsrecht und Wahlverfahren nach § 110 Abs. 1 und 2 KV M-V.

Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Jürgen Röhl für die Besetzung dieses Platzes vor. Herr Röhl ist bereit, im Aufsichtsrat der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH mitzuarbeiten.

Abstimmung:	dafür:	44
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

Damit ist Herr Röhl mehrheitlich in den Aufsichtsrat der Förder- und Entwicklungsgesellschaft Uecker-Region mbH gewählt. Die Wahl erhält die Beschluss-Nr. **2/25/04 – 2. Änderung.**

TOP 9: Wahl der Mitglieder in den Beirat der Asklepios Klinik Pasewalk

Gemäß Geschäftsordnung des Beirates der Asklepios Klinik Pasewalk setzt sich dieser Beirat aus 6 Mitgliedern zusammen, von denen **drei** durch den Kreistag zu wählen sind. Die Geschäftsordnung regelt weiter, dass die Amtszeit der Mitglieder im Beirat drei Jahre beträgt.

In der 2. Sitzung des Kreistages am 30.08.2004 wählte der Kreistag die Mitglieder in den Beirat der Asklepios Klinik. Die Amtszeit dieser Mitglieder ist gemäß Geschäftsordnung beendet.

Die Besetzung der Plätze im Beirat der Asklepios Klinik ist nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen.

§ 110 Abs. 2 KV M-V räumt die Möglichkeit ein, hierfür eine gemeinsame Vorschlagsliste aller Fraktionen zu erstellen.

Für die Wahl dieses Beirates wurde davon Gebrauch gemacht.

Vorgeschlagen sind:

Frau Maria-Theresia Odendall
 Frau Gesine Jürgens
 Herr Rainer Dambach

Abstimmung:	dafür:	44
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	1

Damit ist die erforderliche Stimmenmehrheit zur Wahl der Mitglieder in den Beirat erreicht. Entsprechend der Geschäftsordnung beträgt die Amtszeit dieser gewählten Personen wiederum drei Jahre.

Die Wahl der Mitglieder in den Beirat der Asklepios Klinik Pasewalk erhält die **Beschluss-Nr. 16/122/07**.

**TOP 10: Wahl des weiteren Vertreters und seines Stellvertreters für die
Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunales Studieninstitut
Mecklenburg-Vorpommern**

Am 16.10.2007 haben die Verbandsversammlungen der kommunalen Studieninstitute Mecklenburg **und** Vorpommern beschlossen, auf der Basis von § 150 a Abs. 1 Kommunalverfassung M-V mit Wirkung vom 01.01.2008 zu fusionieren und den neuen **Zweckverband Kommunales Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern** mit Sitz in Greifswald zu errichten.

Verbandsmitglieder sind die 12 Landkreise und die 6 kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern. Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung des neuen Zweckverbandes wird am 10. Januar 2008 in Schwerin nach vorhergehender Einberufung durch das Innenministerium als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde stattfinden.

Gemäß § 4 Abs. 1 der neuen Verbandssatzung besteht die Verbandsversammlung aus den Oberbürgermeistern und Landräten der verbandsangehörigen kreisfreien Städte und Landkreise sowie aus je einem weiteren Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes. Dieser weitere Vertreter kann auch leitender Mitarbeiter der Verwaltung sein. Außerdem ist nach § 4 Abs. 2 der Satzung des Zweckverbandes je ein Stellvertreter für den weiteren Vertreter zu wählen.

Bisher waren in die Verbandsversammlung des Studieninstitutes Vorpommern
Frau Marianne Bretschneider, Leiterin des Fachbereiches Zentrale Dienste,
als weiterer Vertreter des Landkreises **u n d**
Frau Gritt Lübs, Sachbearbeiterin Personalangelegenheiten, als Stellvertreter
gewählt.

Nach Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden wird dem Kreistag übereinstimmend zur Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit dem Studieninstitut vorgeschlagen, wiederum

Frau Marianne Bretschneider, Leiterin des Fachbereiches Zentrale Dienste,
als weiterer Vertreter des Landkreises
u n d
Frau Gritt Lübs, Sachbearbeiterin Personalangelegenheiten, als Stellvertreter

zur wählen.

Abstimmung:	dafür:	45
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit sind die vorgeschlagenen Personen in die Verbandsversammlung gewählt.

Der Landrat ist gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung des Zweckverbandes geborenes Mitglied in der Verbandsversammlung des Studieninstitutes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Wahl erhält die **Beschluss-Nr. 16/123/07**.

TOP 11: Bericht der Patientenbeschwerdestelle

Den Bericht der Patientenbeschwerdestelle hält Herr Erinski, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsmitglieder,

gemäß § 13 Abs. 1 des Landeskrankenhausgesetzes Mecklenburg-Vorpommern hat der Kreistag für die beiden in Pasewalk und Ueckermünde bestehenden Krankenhäuser eine Patientenbeschwerdestelle eingerichtet. Die Funktion dieser Beschwerdestelle wurde gemäß der Hauptsatzung des Landkreises dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales übertragen.

Die Patientenbeschwerdestelle prüft Anregungen und Beschwerden der Patienten und vertritt deren Anliegen. 2007 wurden keine Hinweise und Beschwerden bei uns im Ausschuss vorgetragen.

Ich danke Ihnen.

Die Information wird durch den Kreistag zur Kenntnis genommen.

TOP 12: Bericht des zeitweiligen Ausschusses zur zukünftigen Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung im Landkreis Uecker-Randow

Bericht der Vorsitzenden des zeitweiligen Ausschusses, Frau Jürgens – siehe Anlage 2.

Der Bericht wird durch den Kreistag zur Kenntnis genommen.

TOP 13: Beschluss über die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Landrates des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2006

Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Heder – siehe Anlage 3.

Frau Schlupp

Der Bericht war sehr ausführlich. Meiner Fraktion ist aufgefallen, dass sich im Bericht der Rechnungs- und Gemeindeprüfung einige Beanstandungen finden, die auch im Vorjahr und im Vorvorjahr bereits gestanden haben. Wir wollen jetzt nicht die Entlastung verwehren. Wir unterbreiten aber den Vorschlag:

Der Kreistag möge beschließen: Der Kreistag tritt den Beanstandungen der Rechnungs- und Gemeindeprüfung bei. Der Landrat wird aufgefordert, den Rechnungsprüfungsausschuss und den Finanzausschuss zeitnah zu unterricht-

ten durch welche Maßnahmen er sicherstellen will, dass sich die Beanstandungen aus dem Berichtsjahr 2006 in den Folgejahren nicht wiederholen werden.

Zur Begründung: Viele Beanstandungen aus dem Berichtsjahr 2006 sind dem Kreistag schon aus den Vorjahren bekannt. Um die Arbeit insbesondere des Rechnungsprüfungsausschusses, aber auch des Finanzausschusses zu unterstützen, sollten die Feststellungen deshalb nicht einfach zur Kenntnis genommen, sondern auch Konsequenzen eingefordert werden.

Der o. g. Antrag wird mehrheitlich bestätigt.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Gemäß § 61 Abs. 3 Kommunalverfassung M-V in Verbindung mit § 104 Abs. 3 Nr. 7 Kommunalverfassung M-V möge der Kreistag auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses und auf der Grundlage der vorgenommenen Prüfungen der Rechnungs- und Gemeindeprüfung über die Entgegennahme der Jahresrechnung 2006 des Landkreises Uecker-Randow beschließen und dem Landrat die Entlastung für die Haushaltsdurchführung erteilen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig bestätigt und dem Landrat Entlastung für die Haushaltsdurchführung erteilt.

Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 16/124/07**.

TOP 14: Haushaltssatzung 2008 des Landkreises Uecker-Randow

Eingangs stimmt der Kreistag dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. mehrheitlich zu, dass Herr Trölsch, Vorsitzender des Finanzausschusses und sachkundiger Einwohner, für die Fraktion zum Haushalt sprechen kann.

Herr Dr. Sander führt aus, dass sich die Mitglieder des Kreisausschusses in ihrer letzten Sitzung dafür aussprachen, über Inhalte des Haushaltes 2008 diskutieren zu wollen. Dem soll mit diesem Tagesordnungspunkt Rechnung getragen werden. Sollten die Auffassungen der Fraktionen zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2008 heute die Möglichkeit über eine Beschlussfassung in der vorliegenden Form eröffnen, ist dies auch möglich.

Herr Dr. Böhning unterstreicht, dass es heute vorrangig um eine erste Lesung und noch nicht um einen Beschluss zum Haushalt 2008 geht. Die Fachausschüsse haben sich bereits einmal mit dem Haushalt 2008 befasst. Dort wurde erläutert, wie wir zu den einzelnen Zahlen gekommen sind. Ein Knackpunkt wird auch für 2008 die Kreisumlage sein. Sie wurde zu 2007 um 1 % erhöht. Diese Erhöhung und die veränderten Umlagegrundlagen würden nahezu 1,9 Mio. EUR mehr für den Haushalt bedeuten.

Die heutige Diskussion soll Probleme aufzeigen, die dann in den Ausschüssen weiter erörtert werden können.

Herr Trölsch

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, wertige Gäste und wertige Mitarbeiter des Landratsamtes,

seit ich mich unbedachter Weise habe überreden lassen, hier heute an diesen Platz zu gehen, habe ich das Gefühl, als würde ich wie Don Quichotte gegen die Windmühlen anreiten. Irgendwie entsteht dieses Gefühl, wenn man das Millionen Defizit vor sich sieht. Ich meine auch nicht, hier Hoffnungen wecken zu wollen, dass ich jetzt in meinem Bericht die entsprechenden notwendigen Wege finde, um wenigstens diese 29 Mio. EUR abzubauen. Das wird mir nicht gelingen.

Mir sind beim Durcharbeiten des Materials einige Dinge aufgefallen, die ich hier ohne weitere Kommentare vortragen will.

Anfangs möchte ich denen danken, die diesen Haushaltsplanentwurf in Kleinarbeit in dieser Form zusammengestellt haben, jedem einzelnen in den Bereichen und stellvertretend Frau Hentschel im Bereich Finanzen.

In Vorbereitung auf diese Sitzung habe ich den Haushalt von 1997 zur Hand genommen. Vom Ansehen her gibt es einen eklatanten Unterschied, der Plan 1997 ist von der Papierform ein Drittel weniger. Soweit zu den äußeren Dingen. Da der Haushalt in allen Ausschüssen vorgelegen hat, und ich hoffe von allen weitestgehend gelesen worden ist, verzichte ich auf Kommentare zu den einzelnen Dingen. Einige Denkanstöße – Vergleiche: 1997 hatte unser Kreis 87.981 Einwohner, am 30.06. dieses Jahres haben wir noch 75.842 Einwohner, die Differenz der Einwohner ist meist nach Westen zu den Arbeitsplätzen abgewandert. Die Schülerzahlen sind von 14.340 auf 6.278 zurückgegangen, das kann jeder nachlesen, steht alles in dem Material. Die Arbeitslosen sind auch zurückgegangen von 9.512 auf 7.076, irgendwo war schon mal die Rede davon. Der Verwaltungshaushalt, ich möchte den Vermögenshaushalt ausklammern, hatte 1997 Einnahmen in Höhe von 81.963.000 EUR, jetzt haben wir Einnahmen von 104.277,9 TEUR, die Ausgaben sind von 83.137.000 Mio. EUR im Jahr 1997 auf 133.257,1 TEUR gestiegen. Man sieht, alles hat sich zurückentwickelt nur die Differenzen haben sich nach oben entwickelt. Das sollte man in der weiteren Bearbeitung einmal ansehen.

Die Finanzen – wir haben im Jahr 2003 Zuweisungen in Höhe von 25.084.000 EUR erhalten. Wir bekommen im Jahr 2008 34.273.000 EUR, die Kreisumlage steigt in diesem Zeitraum von 10.853.000 EUR auf 16.646.000 EUR. Was mich verwundert hat, ich habe im Material bei Personalkosten gelesen, 1997 17.487.000 EUR und in diesem Jahr sind es 17.368.000 EUR – kommentarlos. So weit einige Zahlen. Die Schlussfolgerungen und die Möglichkeiten, die sich hier aus dem Zahlenmaterial ergeben, sind schon genannt worden, sowohl vom Landrat, wie in den Schlussfolgerungen aus dem Jahr 2006. Wir wissen, wir haben kaum noch Leistungen im freiwilligen Bereich und es wird auch immer komplizierter die notwendigen Mittel aufzubringen, um die Kofinanzierung für Fördermittel zustande zu bringen. Über notwendige Finanzierungen bei Kreisstraßen, die vom Kreis an sich kommen sollten, gar nicht zu reden. Was kommt nun auf uns zu? Es war schon die Rede von der Arbeitsgruppe, die Herr Staatssekretär Lenz uns am 04. September versprochen hat. Im Übrigen gibt es dazu sehr viele unterschiedliche Meinungen, fast so viele wie Menschen da waren. Der eine sagt für Ueckermünde, der andere sagt für den Ausgleich zwischen den Ministerien, aber ich befürchte wir sehen von dieser Arbeitsgruppe nicht viel, wir sollten uns nicht sehr viel davon versprechen. Ich denke, es gibt nicht mehr Zuweisungen. Der Ehren halber muss man sagen, es gibt zwar höhere Zuweisungen aus

dem Land, das ist zweifelsfrei so, aber es reicht bei weitem nicht aus. Wenn wir uns den Haushalt ansehen, muss ich sagen keine Wirkung, wenn wir Hilfe von außen gesucht haben. Ob das WIBERA heißt oder der erfahrene Herr Jändling aus dem Westen war, es gab eine ganze Reihe von Material erarbeitet von Professoren usw. Ich kann mich erinnern, die PDS hatte auch einmal um 1994 so ein Papier. Hat alles nur Geld gekostet. Genauso denke ich über die verschiedenen Formen der Haushaltsführung. Mit wie viel Liebe und wie viel Papier sind wir an die Budgetierung herangegangen. Gebracht hat es nur einen wesentlich höheren Papierverbrauch, aber ich habe nicht gefunden, dass wir dadurch unsere Defizite ausgleichen. Was nun die neue Geschichte macht, Doppik, doppelte Buchführung – hoffen wir das Beste. Es ist so, 100 Euro sind 100 Euro heute, 100 Euro sind nächstes Jahr 96 Euro. Das ist eindeutig und da hilft es nicht, wie oder wo ich sie hinschreibe im Haushalt. Wenn ich sie habe, kann ich sie ausgeben, wenn sie alle sind, sind sie alle. Ich hoffe, dass in der Haushaltsdiskussion noch gute Vorschläge und Ideen herausgearbeitet werden, damit wir in der ersten Kreistagsitzung 2008 tatsächlich zu fertigen Beschlüssen kommen können.

Danke – und Entschuldigung falls ich enttäuscht habe.

Frau Schlupp

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir die Diskussion heute als erste Lesung zum Haushalt verstehen. Zum Haushalt 2007 gab es verschiedene Gespräche auf Ebene der Fraktionsvorsitzenden und von dort habe ich mitgenommen, dass wir uns bemühen sollten, doch mehr in die Sacharbeit zu gehen, sprich uns nicht allein an Kreisumlage und Finanzausweisungen des Landes festhalten. Meine Fraktion hat für die weitere Beratung 3 Anträge formuliert, denn wir gehen davon aus, wenn wir uns ernsthaft mit dem Haushalt selbst beschäftigen wollen, brauchen wir eine dezidierte Datenlage, um in verschiedenen Bereichen der Verwaltung zumindest hinterfragen und möglicherweise auch verändern zu können.

Der erste Antrag bezieht sich auf Prüfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen.

Der Antrag lautet:

Der Kreistag möge beschließen: Die Verwaltung des Landkreises Uecker-Randow wird beauftragt, folgende Prüfungen vorzunehmen:

1. Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Ämtern des Landkreises über Verwaltungsvereinbarungen.
2. Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen.

Hierzu sollen alle Fachbereiche zuarbeiten, in welchen Bereichen eine entsprechende Zusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt von Synergieeffekten denkbar wäre.

Begründung: Im Zuge der Haushaltskonsolidierung sind alle Möglichkeiten zu prüfen, die zu effizienteren und damit kostengünstigeren Verwaltungsstrukturen führen. So gibt es beispielsweise im Bereich der Beitreibung von Forderungen eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Amt Löcknitz-Penkun. Solche Ansätze sollten fortentwickelt werden.

Wir haben uns auch gerade im Zusammenhang mit dieser wieder in Rede stehenden interministeriellen Arbeitsgruppe gedacht, dass ja auch dort eine dezidierte Datenlage erforderlich ist, um in die Zusammenarbeit mit den Ministern oder mit den Ministerien einzutreten. Ich habe im Innenministerium erfahren, dass es da wohl einen Schriftverkehr gegeben und das Innenministerium signalisiert hat, eine solche Arbeitsgruppe, vielmehr ein Gespräch organisieren zu wollen. Weiter wird dazu in ei-

nem Schreiben an den Landkreis ausgeführt, dass die bestehenden besonderen Probleme, höchstens 10, und die davon betroffenen Ministerien konkret zu benennen sind. Wenn es erforderlich ist, können die notwendigen Abstimmungen mit den anderen Ministerien eingeleitet werden und es soll dann zu einem Gespräch mit entsprechenden Kreistagsmitgliedern kommen auf der Suche nach Möglichkeiten, dort tätig zu werden. Deshalb lautet unser 2. Antrag:

Der Kreistag möge beschließen: Die Kreisverwaltung des Landkreises Uecker-Randow wird beauftragt bei den Leistungsgesetzen aus Bund und Land, die im Kreishaushalt zu Defiziten führen, einen dezidierten und rechtssicheren Nachweis (nicht nur durch eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben) zu erbringen, dass das Defizit durch mangelnde Ausfinanzierung entstanden ist. Auf Grundlage dieser Nachweisführung sollen Konsequenzen in Form von Beschwerden bei den entsprechenden Ministerien, aber auch Klageverfahren angestrengt werden.

Begründung: Die pauschale Feststellung, dass die nicht ausfinanzierten Leistungsgesetze aus Bund und Land zum großen Teil zur ständigen Defiziterhöhung im Landkreis führen, trägt nicht zur Veränderung der Situation bei. Nur auf der Basis belastbarer Nachweise können wir über konkrete Maßnahmen beraten. Im Übrigen brauchen wir diese Daten auch für die von allen geforderte im Innenministerium angesiedelte interministerielle Arbeitsgruppe.

Und es gibt einen 3. Antrag, und zwar zur Raumbewirtschaftung der Verwaltungsgebäude des Landkreises. Er lautet:

Der Kreistag möge beschließen: Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine umfassende schriftliche Darstellung zur Raumbewirtschaftung der Verwaltungsgebäude des Landkreises zu erstellen, die Grundlage einer Beratung im Finanzausschuss sein wird. Dabei soll explizit auch der Leerstand und die Vermietungsbemühungen dargestellt werden.

Begründung: Im Zuge der Beratung im Finanzausschuss traten Fragen bezüglich gescheiterter Vermietungsbemühungen an die FEG zu Tage, die auch auf Nachfrage nicht abschließend zufrieden stellend geklärt werden konnten. Deshalb sollte geprüft werden, inwiefern durch entsprechende Raumbewirtschaftung zusätzliche Einnahmen erzielt werden können.

Ich denke, wenn wir, so Sie denn unseren Anträgen zustimmen, über eine Datenlage verfügen, die Stoff für die Fachausschüsse gibt und auch hier im Rahmen einer Kreistagssitzung Maßnahmen diskutiert werden können, die uns unabhängig von der Frage beschäftigen, ob die Kreisumlage zu hoch oder zu niedrig oder die Finanzzuweisungen vom Land zu niedrig ausgefallen sind. Von daher bitte ich um Ihre Zustimmung.

Herr Raulin

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir wollen heute die erste Lesung zur Haushaltsberatung durchführen und dazu gehört natürlich, dass ein paar Gedanken geäußert werden zu den Dingen, die in den Fraktionen bisher gelaufen sind, denn wir begleiten letztendlich diese Arbeit im Ehrenamt.

Heute Mittag fragte mich jemand an der Tür: Weißt Du, welche Gemeinsamkeiten Gregor Gysi und Angela Merkel in Bezug auf die steigenden Energiepreise haben? Beide sind machtlos. Beide stehen der Sache machtlos gegenüber, sagen sie jedenfalls. Machtlos und ohne Einfluss bleiben wir in Bezug auf die Gestaltung unseres Haushaltes. Ich denke, dass haben auch die letzten Aktivitäten bewiesen und Herr

Trölsch hat hier nochmals ein paar Beispiele genannt. Das hat wiederum Lustlosigkeit und geringe Teilnahme an Ausschussberatungen zur Folge. Als Beispiel möchte ich nennen: Finanzausschuss am 29.10. nicht beschlussfähig, 26.11. nicht beschlussfähig. Und das ist ein Führungsinstrument des Landrates. Das ist genauso als wenn beim Unternehmer Muggenburg sein Prokurist in Urlaub geht und er weiß nichts davon. Ich denke mal, diese Lustlosigkeit oder die geringe Teilnahme haben natürlich Ursachen, die letztendlich dazu führen, dass auch eine gewisse Interessenlosigkeit in der Bevölkerung zur Politik und auch zur Kreispolitik vorhanden ist.

Der Haushaltsplan ist auch bei uns immer wieder Gegenstand in den Fraktionsberatungen und eigentlich sollen immer zwei Fragen beantwortet werden. Die erste ist, was können wir noch machen und die zweite, wo hört man noch auf ehrenamtliches Wirken in diesem Bereich? Dass dieser Prozess schwer und nicht immer von Erfolg gekrönt ist, zeigt auch der Besuch von Herrn Lenz. Obwohl der nun schon immer wieder strapaziert wurde, ich muss das nochmals anführen, für mich als Teilnehmer und Betrachter gab es eigentlich keine wesentlichen Vorschläge, mir hat er eigentlich nur indirekt gesagt, so wie ihr das wollt, geht es nicht. Nur weil wir nicht nachgelassen haben und weil wir immer wieder Druck gemacht haben, hat er gesagt, na gut, dann setzen wir eben mal eine Arbeitsgruppe ein nach der Melodie, wenn du nicht weiter weißt, dann bilden wir einen Arbeitskreis. Und das, was der Landrat heute hier dargestellt hat in seinem Bericht zur Lage in dieser Sache, bestätigt genau meine Auffassung dazu, nach dem Motto, ihr könnt machen was ihr wollt und wir können eine Arbeitsgruppe einsetzen und noch einen Beauftragten und noch einen Kontrolleur, es bleibt wie es ist. Im Prinzip wäre das der richtige Satz gewesen. Und das können wir einfach nicht auf uns sitzen lassen. Wenn man die Klänge in der Landespolitik richtig deutet, dann muss sich auch aus dem Tal zum Land Stimme erheben, die sagt, so geht es nicht, ihr müsst auch auf uns hören und müsst uns auch ab und zu mal fragen, wenn schon die Interessenverbände, Landkreistag, Städte- und Gemeindetag und ähnliche Dinge immer wieder mahnend diese Sachen ansprechen. Der gegenwärtige Stand der Haushaltsdiskussion hat bei uns im Wesentlichen drei Schwerpunkte hervorgebracht, die sich ähnlich mit den Dingen, die Frau Schlupp hier vorgetragen hat, decken. Es geht darum, dass wir die zur Verfügung stehenden Mittel so rationell und so effektiv wie möglich einsetzen wollen. Aber wir wollen uns auch nicht als nicht wissende Kommunalpolitiker behandeln lassen, sondern wir wollen unser Scherflein dazu beitragen und deswegen muss man auch darauf bestehen, dass die Ergebnisse, die aus dem Besuch von Herrn Lenz herausgearbeitet wurden, dann auch wirklich umgesetzt werden. Wir haben in unserer Fraktion herausgestellt und das möchten wir auch beantwortet haben, reichen die Schlüsselzuweisungen für die Dinge, zu denen wir verpflichtet sind, aus?

Wir kennen § 10 d des FAG zu den gesetzlich übertragenen Aufgaben und nun muss dazu gesagt werden, ist das, was wir an finanziellen Mitteln ausgereicht bekommen, auskömmlich, brauchen wir mehr oder brauchen wir weniger? Wenn das in verschiedenen Materialien schon dokumentiert ist, ist das sicherlich richtig, das versetzt uns nach unserem Verständnis in der Fraktion doch erstmal in die Lage, überhaupt tätig zu werden. In die Auseinandersetzung, ob die FAG-Mittel auskömmlich oder wir zu teuer sind, würden wir uns gern als ehrenamtliche Kreistagsmitglieder einmischen. Wir möchten auch die Fachbudgeteinsparung aus dem Jahresabschluss 2006, angesprochen von Herrn Heder, würdigen. Das haben wir auch schon in der Fraktion gemacht. Es ist zu spüren, dass diesbezüglich in der Verwaltung Bewegung ist.

Es gibt einen dritten Komplex, der uns sehr bewegt. Er wurde von Herrn Trölsch auch angesprochen. Wir vernehmen über die Presse immer wieder die Meldung, die Arbeitslosenquote sinkt erheblich, Bedarfsgemeinschaften sind rückläufig. Wie ist es

nun mit den Kosten, die der Landkreis noch zu tragen hat? Die Kosten der Unterkunft werden nicht geringer, was der Landkreis vorzuhalten hat, ist an Kosten da und ist mit keiner Absenkung versehen. Da muss es einen Zusammenhang geben. Liegt er darin, dass die Löhne so gering und nicht ausreichend sind und wir immer noch Sozialleistungen dazu zahlen müssen? Dann muss das auch öffentlich angeprangert werden. Es kann nicht sein, dass nur auf uns herum gehackt wird und wir nicht in der Lage sind, den Haushalt zu beschließen und das Feedback, was wir von außen brauchen, kommt nicht.

Eine letzte Bemerkung meinerseits aus der Fraktion: Unser Verständnis zum derzeitigen Haushaltssicherungskonzept ist nicht so, dass wir dem zustimmen können. Wir sind der Auffassung, dass dieses Haushaltssicherungskonzept nicht den Anforderungen nach § 43 Abs. 3 KV M-V entspricht. Zahlenmäßig mag sich das ja so hinrechnen, aber wir können bei aller Phantasie nicht erkennen, dass wir mindestens in 3 Jahren einen Umkehrschluss in der Verschuldung erreichen. Wir machen ein Haushaltssicherungskonzept nur der Form halber, damit es dabei liegt. Dagegen sollten wir Front machen, wir werden jedenfalls als Fraktion dieser Geschichte nicht zustimmen, auch nicht im Hinblick darauf, dass der Landkreis eine gewisse Ausgleichfunktion gegenüber den Städten und Gemeinden hat. Dort wo es Haushaltsdefizite gibt, sollten wir ihn auch in die Verantwortung nehmen und darauf achten, dass diese Ausgleichsfunktion auch wahrgenommen wird.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, frohe Weihnachten.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Abstimmung zu den Anträgen:

1. **Der Kreistag möge beschließen:
Die Verwaltung des Landkreises Uecker-Randow wird beauftragt, folgende Prüfungen vorzunehmen:**
 1. **Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Ämtern des Landkreises über Verwaltungsvereinbarungen.**
 2. **Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit andern Landkreisen.
Hierzu sollen alle Fachbereiche zuarbeiten, in welchen Bereichen eine entsprechende Zusammenarbeit unter dem Gesichtspunkt von Synergieeffekten denkbar wäre.**

Der Antrag wird bei einer Enthaltung mehrheitlich bestätigt.

2. **Der Kreistag möge beschließen:
Die Kreisverwaltung des Landkreises Uecker-Randow wird beauftragt, bei den Leistungsgesetzen aus Bund und Land, die im Kreishaushalt zu Defiziten führen einen dezidierten und rechtssicheren Nachweis (nicht nur durch eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben) zu erbringen, dass das Defizit durch mangelnde Ausfinanzierung entstanden ist.
Auf Grundlage dieser Nachweisführung sollen Konsequenzen in Form von Beschwerden bei den entsprechenden Ministerien aber auch Klageverfahren angestrengt werden.**

Der Antrag wird einstimmig bestätigt.

- 3. Der Kreistag möge beschließen:
Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine umfassende schriftliche Darstellung zur Raumbewirtschaftung der Verwaltungsgebäude des Landkreises zu erstellen, die Grundlage einer Beratung im Finanzausschuss sein wird. Dabei soll explizit auch der Leerstand und die Vermietungsbemühungen dargestellt werden.**

Der Antrag wird einstimmig bestätigt.

Herr Dr. Sander fasst zusammen, dass die Anregungen und Anträge aus der Diskussion durch die Verwaltung zu prüfen und ggf. in die Haushaltssatzung 2008 einzuarbeiten sind. Der Haushalt für das Jahr 2008 wird zur Sitzung des Kreistages am 17.03.2008 vorgelegt.

TOP 15: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2008

Es erfolgt heute noch keine Beschlussfassung zum Haushalt 2008. Deshalb soll in diesem Tagesordnungspunkt nur eine Betrachtung zum Haushaltssicherungskonzept vorgenommen werden, um es mit Vorschlägen zu bereichern und der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, es bis zum Kreistag im März zu präzisieren.

Wortmeldungen zum Haushaltssicherungskonzept gibt es nicht.

Herr Dr. Sander erklärt, das Haushaltssicherungskonzept wird nach weiterer Erörterung in den Fachausschüssen und entsprechender Überarbeitung durch die Verwaltung ebenfalls zum Kreistag am 17. März 2008 vorgelegt.

TOP 16: Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren des Landkreises Uecker-Randow „Verwaltungsgebührensatzung“

Frau Schlupp

Wir hatten im letzten Kreistag eine Überarbeitung der Satzung angeregt. Der uns nun vorliegende Entwurf ist zweifelsohne bürgerfreundlicher, weil er die Höhe der Gebühren flexibler gestaltet. Er erscheint uns aber für den Verwaltungsvollzug eher problematisch. Von daher könnten wir uns vorstellen, dass man ableitend aus dieser Satzung eventuell an eine Grundgebühr denkt und eine zeitliche Staffelung der dann zu erhebenden Zuschläge. Aber das ist nur ein Vorschlag.

An und für sich ist mit dieser Satzung den Intentionen, die wir hatten, sprich den Bürger nicht unnötig zu belasten, Rechnung getragen.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge der „Satzung über die Erhebung von Verwaltungsgebühren des Landkreises Uecker-Randow“ zustimmen.

Mit einer Stimmenthaltung wird die Verwaltungsgebührensatzung mehrheitlich bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 16/125/07.**

TOP 17: Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Kreissparkasse Uecker-Randow

Herr Otterstein

In unserer Fraktionssitzung wurde einstimmig beschlossen, dass das Wort „mindestens“ aus dem Artikel 1 entfernt werden soll, so dass es dann heißt: Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied“.

Herr Gutgesell

Wir hatten dies in der letzten Verwaltungsratssitzung diskutiert und es ist im Grunde nicht zwingend erforderlich. Denn es ist so, dass der Verwaltungsrat derzeit ohnehin schon beschlossen hat, nur mit zwei Vorstandsmitgliedern zu arbeiten. Man kann diese Änderung vornehmen, dann weicht diese Satzung von der Mustersatzung der Kreissparkassen ab und müsste separat vom Innenministerium genehmigt werden. Man kann aber auch hier die Entscheidung dem Verwaltungsrat überlassen. Und wie gesagt, die Entscheidung ist bereits getroffen, dass nur mit zwei Verwaltungsratsmitgliedern gearbeitet werden soll.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE., im Artikel 1 das Wort „mindestens“ zu streichen:

dafür:	16
dagegen:	22
Enthaltungen:	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge die 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Kreissparkasse Uecker-Randow beschließen.

Mehrheitlich wird die Änderungssatzung bestätigt. Die **Beschluss-Nr.** lautet **4/55/94 – 3. Änderung.**

TOP 18: Antrag auf die Führung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Torgelow als Ganztagschule in offener Form

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge die Führung eines ganztägigen Schulangebots in offener Form am Sonderpädagogischen Förderzentrum Torgelow zum 30. Juni 2008 beschließen.

Die Beschlussvorlage wird mehrheitlich bestätigt. Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 16/126/07.**

TOP 19: Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Erinski

Herr Landrat, Einwohner von Gegensee und Hintersee haben mich gefragt und ich frage Sie jetzt, unter welcher Beaufsichtigung bzw. Unterschutzstellung der Ahlbecker See, das Fenn und die umliegenden Gemeinden sind?

Wie beaufsichtigen das Staatliche Amt für Umwelt und Natur und der Landkreis die Stiftung, die dort tätig ist?

Ich weiß, dass die Antwort hier nicht gleich gegeben werden kann. Ich bitte Sie, dies dann in geeigneter Form zuzustellen.

Danke.

Frau Schlupp

Der Landrat hatte schon darüber gesprochen, dass es jetzt vermehrt Meldungen ans Jugendamt gibt, was die Vernachlässigung von Kindern angeht. Es hat dazu in der Presse sehr viele Diskussionen und auch Anhörungen gegeben. In diesem Kontext wurde von verschiedenen Seiten geäußert, dass die Jugendämter in bestimmten Bereichen mit der Kontingentierung der Stunden und ähnlichem überfordert sind, gerade noch die Hilfe im Notfall realisieren können, aber die Vorsorge zu kurz kommt. Von daher würde ich darum bitten, dass uns dargestellt wird, ich bin mir sicher, dass es auch nicht heute erfolgen kann, inwieweit die Leistungsfähigkeit des Jugendamtes hier im Landkreis Uecker-Randow gewährleistet wird unter Berücksichtigung der derzeitigen Stellenbesetzung und auch der entsprechenden Arbeitszeiten, die dem Jugendamt zugeordnet sind.

Herr Dr. Irlé

Herr Präsident,

Herr Gutgesell ist heute zum 1. Beigeordneten gewählt worden und damit hat er eine hohe Verantwortung übernommen. Vor einigen Wochen hat er Furore gemacht, in dem aus den Medien zu entnehmen war, Arbeit ist für alle da oder Arbeit für alle. Ich möchte, dass Herr Gutgesell uns in der nächsten Kreistagssitzung am 17. März 2008 darlegt, wie er sich das vorstellt und wann der Landkreis Uecker-Randow ohne Arbeitslose ist.

Herr Gutgesell

Ich kann Ihnen sicherlich nicht sagen, wann der Landkreis Uecker-Randow ohne Arbeitslose ist. Aber wenn Sie Interesse haben, können wir selbstverständlich eine Informationsveranstaltung dazu machen. Die Frage ist, ob wir dies wirklich im Rahmen eines Kreistages machen wollen. Da das Volumen doch sehr umfangreich ist, würde es den Kreistag eher sprengen.

Herr Raulin

Aufgrund der Brisanz der Lage und der aktuellen Ereignisse hatten wir uns kurz darauf verständigt, dass es sinnvoll wäre, das Thema „Jugendamt“ in der nächsten Kreistagssitzung zu einem aktuellen Tagesordnungspunkt zu machen, um Auskünfte zu erhalten, wie hoch ist die Leistungsfähigkeit, wie ist die Ausstattung, wie ist die Möglichkeit dort tätig zu werden. Ich denke, die Öffentlichkeit wäre auch daran interessiert, dies in der Form zu hören. Ich bin Frau Schlupp dankbar, dass sie dieses Thema angesprochen hat.

Herr Dr. Sander fasst zusammen, dass die Themen

- Arbeit für alle
und
- Jugendamt mit den angesprochenen Punkten

für die nächste Sitzung des Kreistages auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt, der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

Über die im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse wird in der nächsten Kreistagssitzung informiert.

Sie wird am 17. März 2008 stattfinden.

Herr Dr. Sander dankt den Gästen für die Teilnahme an der heutigen Sitzung und wünscht ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie alles Gute für das neue Jahr und Glück und Gesundheit im persönlichen Leben.

Nichtöffentlicher Teil

Im TOP 20 wurde die Beschlussvorlage „Reinigungsleistung am Greifen-Gymnasium Ueckermünde einschließlich Turnhalle“ mehrheitlich bestätigt.

Im TOP 21 wurde die „Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Kreis Ausschusses vom 28.11.2007 zur Zuschlagserteilung rettungsdienstlicher Leistungen im Landkreis Uecker-Randow – Rettungswache Strasburg und Notarztstandort Strasburg – mehrheitlich bestätigt.

Herr Dr. Sander dankt für die konstruktive Mitarbeit im zurückliegenden Jahr und wünscht frohe Weihnachtsfeiertage und alles Gute für das neue Jahr.

Die Kreistagssitzung ist geschlossen.

Dr. Horst Sander
Kreistagspräsident

Protokollantin

Anlage 1

Bericht des Landrates auf der Kreistagsitzung am 17. Dezember 2007

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,
werte Gäste, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

der Kreistag des Landkreises Uecker-Randow fasste am 8. Oktober 2007 mehrheitlich, auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages der Fraktionen CDU, DIE LINKE., SPD, Bürgerbündnis Uecker-Randow und der Wählergruppen Für Uecker-Randow und Bauernverband - Ländlicher Raum einen Beschluss zum Modell-Projekt „Zukunftsregion Uecker-Randow“.

Ich wurde beauftragt, mich für die Verwirklichung des Modellprojekts einzusetzen.

Die Gemeinden im Landkreis Uecker-Randow sollen zur Umsetzung des Modellprojekts, vorbehaltlich der Beschlüsse in den zuständigen Gemeindevertretungen, herangezogen werden.

Ich wandte mich an den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, mit der Bitte um einen Termin, zur Vorstellung des Vorhabens in einem persönlichen Gespräch.

Ich wähle deshalb diesen Weg, weil wir schon abschlägige Antworten seitens der Arbeitsagentur bekommen haben, so dass ich denke, man sollte direkt mit den Leuten verhandeln. Ich werde Sie dann entsprechend darüber informieren.

Herr Bauer stellte zur Sitzung des Kreistages am 8. Oktober 2007 die Frage nach der personellen Besetzung bei den Fachlehrern an den Gymnasien in unserem Landkreis im Zusammenhang mit der Kündigung mehrerer Lehrer.

Herr Bauer hat, wie zugesichert, eine schriftliche Antwort erhalten. Darüber möchte ich den Kreistag wie folgt informieren.

Das Staatliche Schulamt Neubrandenburg teilte mit Schreiben vom 14. November 2007 mit, dass sich zum Schuljahr 2007/2008 zwei Lehrkräfte vom Gymnasium Ueckermünde und eine Lehrkraft vom Gymnasium Löcknitz aufgrund besserer arbeitsvertraglicher Konditionen auf freie Stellen in anderen Bundesländern beworben haben. Nachdem sie ein Angebot von dort erhalten hatten, wurden mit dem Staatlichen Schulamt Neubrandenburg Auflösungsverträge geschlossen.

Die offenen Stunden konnten im Rahmen des Lehrpersonalkonzeptes auf die entsprechenden Fachlehrer der Schule aufgeteilt werden, die dadurch befristete Arbeitsverträge mit einem höheren Beschäftigungsumfang erhielten.

Die fachliche Absicherung des Unterrichts sei somit uneingeschränkt erfolgt und entstehender Ausfall sei nicht im Zusammenhang mit dem Weggang dieser Lehrkräfte zu begründen.

Vom Gymnasium Pasewalk wurden bedarfsgerecht vier Lehrkräfte dienstlich an andere Gymnasien des Schulamtsbereiches versetzt, was keinen Einfluss auf die Unterrichtsversorgung hatte.

Am Schuljahresende wird im Endeffekt über die Frage, wie viele Ausfallstunden entstanden sind, dann berichtet werden.

Ich möchte darauf jetzt nicht weiter eingehen. In welcher Form das dann berechnet wird, was ist eine Ausfallstunde, was ist keine Ausfallstunde und wo wird etwas artfremd als Reserve eingeschoben, ich würde Sie aber dann, wenn diese Zahlen belastbar vorliegen darüber unterrichten wollen, ansonsten wäre das jetzt für Sie und uns alle jetzt schade um die Zeit.

Stand der Umsetzung des Modellvorhabens „Demografischer Wandel“

Wie Ihnen bekannt ist, arbeitet unser Landkreis gemeinsam mit dem Landkreis Ostvorpommern seit dem Sommer dieses Jahres an der Umsetzung des Demografischen Handlungskonzeptes für die Modellregion „Stettiner Haff“.

Dies erfolgt natürlich in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung M-V sowie den regionalen Akteuren.

Von den mit dem Handlungskonzept insgesamt eingereichten 20 Projekten wurden seitens des Bundesverkehrsministeriums bisher 13 Projekte positiv im Sinne einer Realisierbarkeit innerhalb des Förderrahmens bewertet. Mit 3 Projekten konnte bereits in diesem Jahr begonnen werden. Das betrifft die Produktionsschule in Wolgast, die Regionale Esskultur und die Arbeitszeitmodelle in der beruflichen Erstausbildung. Für die anderen 10 Projekte werden gegenwärtig die Entwürfe der Projektanträge geprüft, die Projektvergaben vorbereitet bzw. sind die Projektvergaben bereits erfolgt. So wird davon ausgegangen, dass mit der Realisierung dieser 10 Projekte im Jahr 2008 begonnen werden kann. Dabei handelt es sich u. a. um die Anbindung des Gewerbezugsstandortes Pasewalk an die A 20 und an die Bahn, U.T.E. - eine Perlenkette ins Hinterland, PAP (Pasewalk, Anklam Prenzlau) überschreitet Grenzen sowie die Optimierung des ÖPNV im grenzüberschreitenden Raum.

Darüber hinaus wurden durch das Bundesverkehrsministerium neue Projektvorschläge unterbreitet, zu denen im November/Dezember Konzeptionsgespräche mit den regionalen Akteuren der beiden Modellregionen „Stettiner Haff“ und „Kyffhäuser/Südharz“ stattgefunden haben. Hier stehen solche Themenschwerpunkte wie die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die Entwicklung der kulturellen Identität und die Entwicklung von Strategien für die Tourismuswirtschaft im Fokus der Betrachtung.

Begleitet wird der Prozess der Umsetzung des Demografischen Handlungskonzeptes durch den Regionalkreis und eine operative Arbeitsgruppe. Dabei versteht sich der Regionalkreis als Steuerungs- und Entscheidungsgremium und wurde am 24.10.2007 gegründet. Die Leitung des Regionalkreises wird abwechselnd durch die Landräte Ostvorpommerns und Uecker-Randow wahrgenommen. Es beginnt hier Frau Dr. Syrbe.

Die operative Arbeitsgruppe, die ebenfalls gebildet ist, hat die Aufgaben der Steuerung des laufenden Prozesses übernommen und wird durch den Regionalkoordinator geleitet, dieser kommt aus unserem Hause und heißt Herr Berkenhagen.

Gemeinsame Beratung am 4. September 2007 mit dem Staatssekretär des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Lenz

In einer gemeinsamen Beratung am 4. September 2007 mit Vertretern der Fraktionen des Kreistages konnte sich der Staatssekretär des Innenministeriums M-V, Herr Lenz, ein Bild von der finanziellen Situation des Landkreises Uecker-Randow machen.

Der permanenten Unterfinanzierung des Haushaltes konnte der Landkreis auch durch seine eingeleiteten Sparmaßnahmen nicht begegnen. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von 1995 bis 2007 lässt eine immer größer werdende Finanzierungslücke erkennen. Der Anstieg der Fehlbedarfe ist vor allem der Erhöhung der Sozialausgaben geschuldet.

Herr Lenz stellte am 04.09.2007 die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe in Aussicht, um die Finanzprobleme des Landkreises zu beraten und eine Lösung herbeizuführen, wenn der Kreistag eine genehmigungsfähige Haushaltssatzung beschließen würde. Das ist zwischenzeitlich geschehen.

Die Haushaltspositionen, die die Fehlbeträge in den letzten Jahren beeinflussten, wie die Entwicklung der Kosten der Unterkunft, die Heimerziehung, die überörtliche Sozialhilfe, die Stützung der Elternbeiträge, die Entwicklung der Hilfeart Erziehungsbeitrag, die Grundsicherung und die Entwicklung der Ausgabeposition der Kassenkreditzinsen habe ich dem Innenministerium als Probleme unseres Landkreises und mögliche Schwerpunkte der Arbeit der Arbeitsgruppe benannt und Herrn Lenz gebeten, sich für die Aufnahme der Arbeit der Arbeitsgruppe einzusetzen.

Das Innenministerium teilte mir mit, dass in einem unter Leitung des Innenministeriums stattfindenden Gesprächs die **besonderen Probleme** des Landkreises Uecker-Randow im Mittelpunkt stehen sollen.

Da die von uns dargestellten Probleme nicht nur den Landkreis Uecker-Randow betreffen und die Finanzierung dieser Aufgaben überwiegend auf der Grundlage von Bundes- und Landesgesetzen beruht, wird man hieran durch den Einsatz einer Arbeitsgruppe nicht viel ändern können.

Ich bin dennoch davon überzeugt, dass wir zu dieser Thematik mit dem Innenministerium ins Gespräch kommen.

Ich werde versucht sein jetzt noch einmal in anderer Form einige Probleme dorthin zu schicken in der Hoffnung, dass das dann die Grundlage für das Einsetzen dieser Arbeitsgruppe bedeuten kann.

Wir haben morgen im Innenministerium eine Dienstberatung mit Herrn Caffier, da habe ich die Möglichkeit auch diese Problematik noch einmal anzusprechen. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass wir Probleme haben, die nur der Landkreis Uecker-Randow hat. Die von der Statistik her jetzt im Detail zu belegen, fällt mir offenbar nicht so ganz leicht, denn die Dinge treffen auf die anderen Landkreise ähnlich zu.

Ich werde Sie darüber informieren, wann es zur Bildung dieser Gruppe kommt. Ich hatte schon im Kreisausschuss gesagt, dass wir darüber nachdenken müssen, wer dann aus den Reihen des Kreistages hier mitarbeiten könnte.

Ich bitte darum, dass man mir unabhängig davon, wann es beginnt, den einen oder anderen Namen benennt.

Firmenbesuche

In den vergangenen Monaten habe ich bereits in drei Staffeln eine Bereisung von im Landkreis Uecker-Randow angesiedelten Unternehmen absolviert. Dazu gehörten Kleinstbetriebe, kleine mittelständische Unternehmen, aber auch größere Firmen.

Im Mittelpunkt standen hierbei ein intensiver und ungezwungener Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit den Unternehmerinnen und Unternehmern. So standen am 30. Oktober 2007 die Ausbildungs- und Arbeitsförderung, die Entwicklungen in der Landwirtschaftspolitik und die länderübergreifenden Arbeitsmarktaktivitäten in der Baubranche im Mittelpunkt der Beratungen. Durch das persönliche Gespräch mit den Geschäftsführern und Beschäftigten kann ich mir ein genaues Bild von der wirtschaftlichen Situation in unserer Region machen, um die Bedürfnisse zielführend an die Planer und an die Politik heranzutragen. Ich werde diese Besuche im I. Quartal 2008 im Bereich Ueckermünde fortsetzen.

Zum aktuellen Stand der Thematik **Verwaltungsmodernisierung/Kreisstrukturreform** werde ich zur nächsten Sitzung des Kreistages informieren. Wir haben jetzt in Richtung Leitbild über die Enquetekommission einige Dinge auf den Weg gebracht. Sie haben sicher aus der Presse entnehmen können, dass wir jetzt über eine Einwohnerzahl von 175.000 und über eine Flächenausdehnung von 4.000 km² für einen neuen Landkreis sprechen. Diese Vorgaben sollen kein Dogma sein, sie sind praktisch Vorgaben, die man für die weitere Herangehensweise nutzen will. Ich denke, es ist richtig, dass man sich erstmal ein paar Vorgaben macht. Für uns als Landkreis ist wesentlich, dass wir nicht am Ende mit einer Kreisgebietsreform aus dem Rennen herausgehen, uns liegt schon an der Funktionalreform und in dem Fall an der Verbindung von Funktional- und Kreisgebietsreform. Das ist auch von der Enquetekommission so aufgegriffen worden. Wir werden das mit Argusaugen beobachten, dass das auch entsprechend so durchgeführt wird. Ich werde zum nächsten Kreistag ausführlicher darüber informieren.

Fachbereich Zentrale Dienste

Wie schon im Jahre 2006 war das zurückliegende Kalenderjahr geprägt durch zentrale Themen aus dem FB 1: den Abschluss eines örtlichen Tarifvertrages und ein weiterer Stellenabbau in der Verwaltung.

Nach langwierigen Verhandlungen mit der Gewerkschaftsseite als Tarifvertragspartner trat am 01.06.2007 erneut ein örtlicher Tarifvertrag in Kraft.

Der Tarifvertrag sieht für die Beschäftigten unseres Hauses bei einem Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen eine wöchentliche Arbeitszeit von 36 Stunden vor. Diese wird sich stufenweise im Jahre 2008 auf 38 Stunden und im Jahre 2009 auf 39 Stunden erhöhen.

Der Abschluss des Tarifvertrages war an die Auflage des Innenministeriums gekoppelt, die Absenkung der Arbeitszeit in dem Umfang vorzunehmen, wie der voraus-

sichtliche Stellenabbau in der Verwaltung vollzogen wird. Diese Vorgabe wurde beim Tarifabschluss berücksichtigt.

Die rechtsaufsichtliche Genehmigung zur Haushaltssatzung 2007 ist am 03. Dezember 2007 durch das Innenministerium erteilt worden.

Zum Stellenplan gab es folgende Auflagen:

1. Für frei werdende Stellen und Stellenanteile wird für den Zeitraum von sechs Monaten eine Wiederbesetzungssperre festgelegt.
2. Die Nachbesetzung freier und frei werdender – einschließlich der mit Altersteilzeit Beschäftigten besetzten Stellen und Stellenanteile hat nur aus dem vorhandenen Personalbestand zu erfolgen. Die im Ergebnis frei werdenden Stellen und Stellenanteile sind in entsprechender Höhe zu streichen. Ausnahmen werden zugelassen, sofern es sich um die Übernahme seitens des Landkreises ausgebildeter Nachwuchskräfte handelt und die Nachbesetzung unbedingt erforderlich ist. Sofern Nachbesetzungen von Stellen besonderer Berufsgruppen aus dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich sind, ist die hiesige Zustimmung zur Neubesetzung einzuholen. Mit dem Antrag auf Zustimmung ist der Nachweis zu erbringen, dass weder bei den anderen Landkreisen bzw. den kreisfreien Städten noch bei der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern das benötigte Fachpersonal für eine Verwendung zur Verfügung steht.
3. Der nächste Stellenplan muss sowohl den Vollzug der im laufenden Stellenplan vorhandenen kw-Vermerke als auch den Wegfall der in der Liste zur „Aktualisierung des Stellenabbaus im Landkreis Uecker-Randow, Stand 14.02.2007“ zum Stellenabbau in 2007 vorgesehenen Stellen dokumentieren. Weiterhin sind kw-Vermerke für die kommenden Haushaltsjahre mindestens in der Höhe anzubringen, die die o. g. Auflistung enthält.
4. Durch geeignete Aufgabenverteilung sind Höhergruppierungen/-bewertungen zu vermeiden. Sofern Höhergruppierungen/-bewertungen auf Grund von Strukturveränderungen vorgenommen werden sollen, ist die Zustimmung des Innenministeriums einzuholen.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres ist über die Erfüllung der Aufgaben dem Innenministerium Bericht zu erstatten.

Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 1.647,7 TEUR wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde nur mit einem Teilbetrag von 1.285,7 TEUR genehmigt. Das sind 362,0 TEUR weniger und bedeuten für den Landkreis den Wegfall einiger notwendiger Investitionen. Die Finanzierung der nach § 41 Landeskrankenhausgesetz vorgeschriebenen Krankenhausumlage beträgt allein 1.065.500 EUR. Kommunen mit weggefallener dauernder Leistungsfähigkeit, wozu auch der Landkreis Uecker-Randow gehört, werden künftig weitestgehend ohne neue Kreditaufnahmen auskommen müssen. Damit soll erreicht werden, dass der Verwaltungshaushalt nicht noch weiter durch den Schuldendienst belastet wird.

Der festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 46,5 Mio. EUR wird mit einem Teilbetrag von 45,0 Mio. EUR genehmigt. In den nächsten 2 Monaten dürfte die Liquidität damit abgesichert sein.

Um die angespannte Haushaltssituation zu entlasten, sind weitere Konsolidierungspotenziale zum Abbau des Fehlbetrages 2007 zu nutzen.

Ich bin aufgefordert, zur Reduzierung des Fehlbetrages 2007 gemäß § 27 Gemeindehaushaltsverordnung eine Haushaltssperre von mindestens 300.000 EUR zu erlassen.

Auf der Grundlage der Ist-Abrechnung per 30.11.2007 war es möglich, die Haushaltssituation bis zum Jahresende zu analysieren und dieser Forderung nachzukommen.

Ich habe eine Haushaltssperre von 600.000 EUR erlassen, wobei die Vereine und Verbände nach der Auslegungsfrist des Haushaltes die notwendigen Zuschüsse erhalten. Die Auslegungsfrist endet heute.

Beigeordneter

Ich leite jetzt über zum nächsten TOP zur Wahl des Beigeordneten. Im Vorfeld wurde an mich eine Problematik herangetragen, welche sich auf die notwendige Sachkunde eines Beigeordneten bezieht. In diesem Zusammenhang zielt man auf die erforderliche Qualifikation eines Kandidaten ab und verweist auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Schwerin aus dem Jahr 2004, dem so genannten „Parchimer Urteil“. Nach Ansicht der Herantragenden muss ein Kandidat die Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst besitzen. Wie ich Ihnen, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, in meinem Schreiben vom 04.09. mitgeteilt hatte, waren nach Einreichung der Wahlvorschläge die beamtenrechtlichen Voraussetzungen zu prüfen. Neben den persönlichen Eignungsvoraussetzungen wurde auch geprüft, ob grundsätzlich von der notwendigen Befähigung und Sachkunde auszugehen ist. Die Kommunalverfassung des Landes M-V sieht keine bestimmten Qualitätsanforderungen für das politische Amt eines Beigeordneten vor. Es gab zwar im Vorfeld zur Novellierung der Kommunalverfassung im Jahr 2004 Bestrebungen, hierzu strengere Maßstäbe anzulegen, diese scheiterten jedoch. Von daher verbleibt es dabei, dass der Beigeordnete des Landrates nicht zwingend die Befähigung für allgemeinen höheren Verwaltungsdienst besitzen muss. Die Sachkunde richtet sich nicht ausschließlich nach der vorhandenen Qualifikation, sondern auch nach dem bisherigen Werdegang und der beruflichen Tätigkeit. Anhand der vorgewiesenen Qualifikation, Tätigkeiten, Funktionen und Mitgliedschaften der Kandidaten kann grundsätzlich von der notwendigen Fach- und Sachkunde ausgegangen werden. Um sich ein Bild über die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten zu machen und damit auch die Geeignetheit festzustellen, räumt die Kommunalverfassung Ihnen als Kreistagsmitglieder ausdrücklich das Recht der Einsichtnahme in die Unterlagen der Kandidaten ein. Diese Möglichkeit bestand für Sie seit dem 01.11.2007. Es handelt sich hierbei um ein politisches Ehrenamt und damit entscheidet Ihr Wille als Kreistagsmitglieder, welcher Bewerber die notwendige Sachkunde für die Ausübung dieses Wahlamtes besitzt. Ich kann Ihnen auch mitteilen, dass ich mich in Vorbereitung auf diese Sitzung im Innenministerium erkundigt habe, ob die Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst zwingende Wählbarkeitsvoraussetzung ist, dies wurde eindeutig verneint. Ebenso wurde abgeklärt, ob von der Wiederbesetzungssperre des Stellenplanes, die ich genannt hatte für 2007, auch die Stelle des Beigeordneten betroffen ist. Hierzu liegt mir eine schriftliche Auskunft vor, dass dies nicht zutrifft.

Fachbereich Jugend, Kultur und Bildung

Im Fachbereich Jugend, Kultur und Bildung gab es nach dem sehr tragischen Kindestod in Schwerin eine Reihe von Anfragen, wie der sozialpädagogische Dienst unserer Verwaltung organisiert sei und wie er auf Erscheinungen von Kindesvernachlässigung reagiert.

Generell muss auch ich feststellen, dass bei bester Organisation solche Vorfälle auch in unserem Landkreis nicht ausgeschlossen sind.

Der sozialpädagogische Dienst ist mit ausgebildeten Sozialarbeitern besetzt, welche sich seit Jahren sehr intensiv den schwieriger werdenden Einzelfällen von Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung widmen.

Informationen, ob von Bürgern oder Institutionen, können außerhalb der Dienstzeiten der Kreisverwaltung über die Leitstelle unseres Hauses an den Dienst habenden Mitarbeiter des Fachbereiches Jugend, Kultur und Bildung herangetragen werden.

Also um es deutlich zu sagen, der Fachbereich Jugend, Kultur und Bildung ist in unserem Landkreis 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr erreichbar und kann auf solche Informationen sehr zeitnah reagieren.

Intensiv gab es in den letzten Wochen Kontakte der Mitarbeiter unseres Hauses mit zum Beispiel der Ärzteschaft und der Polizei, um in solchen Einzelfällen ein Vorgehen besser aufeinander abzustimmen.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Kindeswohlgefährdung wird uns sicherlich auch in den nächsten Monaten weiter umfangreich beschäftigen. Sie haben sicherlich gelesen, dass der Minister Seling eine Hotline ins Leben rufen wird, die dann zum 01.02.2008 frei geschaltet wird. Hierzu wird eine Vereinbarung abgeschlossen zwischen dem Ministerium und den einzelnen Landräten. Wir haben diese noch nicht unterschrieben, weil es noch einige Dinge zu klären gab, die auch wirklich geklärt werden müssen. Ich werde mich nicht sperren, diese Vereinbarung zu unterschreiben. Aus dem vorher Gesagten haben Sie sicher das Gefühl mitgenommen, dass auch ohne die Vereinbarung die Sache genau so laufen würde in der Wahrnehmung solcher Dinge, wie sie mit der Hotline läuft. Wir werden uns morgen in der Dienstberatung bei Herrn Caffier dazu auch nochmals verständigen.

Aus dem Bereich der Schulverwaltung kann ich Ihnen mitteilen, dass durch das Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur der Schulentwicklungsplan, Teilbereich Berufliche Schulen, mit der Auflage genehmigt wurde, ein jährliches Monitoring zur Anpassung der Berufsfelder durchzuführen.

In den letzten Monaten fanden hierzu wöchentlich Abstimmungen zu einzelnen Berufsfeldern mit dem Ministerium statt.

Der Landkreis Uecker-Randow ist dabei der Planungsregion Vorpommern zugeordnet.

Wir beabsichtigen aus diesem Grund beim zuständigen Ministerium einen Antrag auf Wechsel des Staatlichen Schulamtes von Neubrandenburg nach Greifswald zu stellen, um nicht ständig zwei Ansprechpartner bei Entscheidungen über Standortvergaben und Personalzuweisungen zu haben.

Weiterhin darf ich Ihnen mitteilen, dass im Bereich Jugend intensiv an der Umsetzung des Bundesprogramms für Demokratie und Toleranz gearbeitet wurde.

Ziel dieses Programms ist es, Präventionsstrategien zur wirksamen Begegnung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Landkreis Uecker-Randow zu entwickeln.

Zur Umsetzung seines Lokalen Aktionsplanes stehen dem Landkreis Mittel in Höhe von 100.000,00 Euro jährlich zur Verfügung. Die voraussichtliche Gesamtlaufzeit beträgt drei Jahre (2007 - 2010 bei jährlicher Fortschreibung des Lokalen Aktionsplanes).

Der entsprechende Beirat hat 9 Anträgen von freien Trägern auf seiner letzten Sitzung zugestimmt. Die Projekte verteilen sich auf den gesamten Landkreis.

Weitere Projektvorschläge für die Einzelprojekte müssen bis zum **15.03.2008 und 15.03.2009** dem Beirat vorliegen. Wer damit befasst ist, den bitte ich, sich dieses Datum einzuprägen und vielleicht das eine oder andere zuzuarbeiten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Anlage 2

Bericht der Vorsitzenden des zeitweiligen Ausschusses zur zukünftigen Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung im Landkreis Uecker-Randow

Der Kreistag hat mit Beschluss Nr. 11/101/06 die Bildung eines zeitweiligen Ausschusses zur zukünftigen Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung initiiert.

Die Aufgabenstellung ist wie folgt benannt:

- Analyse der medizinischen Versorgungsangebote und Entwicklungsmöglichkeiten
- kritische Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens
- Erarbeitung von Möglichkeiten der kommunalpolitischen Unterstützung der Träger der ambulanten und stationären Behandlung

Zunächst haben Mitglieder des o. g. Ausschusses die an der medizinischen Versorgung Beteiligten angehört, die wie folgt benannt werden:

- | | |
|--|--------------------------------------|
| - Kassenärztliche Vereinigung (KV) | - Herr DM Otto
Herr DM Pommerenke |
| - HaffNet – Das Ärztenetzwerk am Stettiner Haff | - Herr Rapreger |
| - Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) | - Herr DM Ehlert |
| - AMEOS-Diakonieklinikum Vorpommern, Ueckermünde | - Herr Acker |
| - Asklepios Klinik Pasewalk | - Herr Vollrath |

Darüber hinaus wurden Bürgermeister einzelner Gemeinden/Städte aufgefordert, die Situation der vertragsärztlichen Versorgung einzuschätzen und Aspekte der Einflussnahme zu benennen.

Das Zwischenergebnis zeigt, dass gegenwärtig die vertragsärztliche Versorgung gesichert ist, zukünftig die Altersstruktur der Ärzte Anlass zur Sorge bereitet. Zwischen den einzelnen medizinischen Versorgern bestehen zum Teil erhebliche Interessenkonflikte und die Erwartung an den zeitweiligen Ausschuss vermittelnd zwischen einzelnen Partnern zu fungieren, war recht hoch.

Darüber hinaus gibt es objektive Faktoren, die wir als Ausschuss nicht direkt beeinflussen können. Das derzeitige Vergütungs- und Abrechnungssystem mit festgelegten Budgets und komplizierten kaum noch überschaubaren Mechanismen bedarf dringend der Änderung.

Der Umfang der Sicherstellung der medizinischen Versorgung und eine mögliche Bearbeitung der Probleme veranlassen den zeitweiligen Ausschuss Themenschwerpunkte zu entwickeln.

- A: Unterstützung bei der vertragsärztlichen, flächendeckenden medizinischen Versorgung
- B: Unterstützung bei der Nachbesetzung von Arztpraxen
- C: Notarztversorgung/Krankenhausstandorte

Im Landkreis Uecker-Randow sind zurzeit 49 Hausärzte und 41 Fachärzte an der ambulanten medizinischen Versorgung beteiligt.

Die Sitze ihrer Praxen werden dem Bericht, den Sie mit dem Protokoll bekommen, beigelegt (siehe Anlage 4).

Die benannten Gebiete im Landkreis Uecker-Randow werden für den Zeitraum 2010 bis 2025 prognostisch in der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung betrachtet. Zur Darstellung nutzen wir die uns allen bekannten Farben der Ampel. Erkennbar wird, dass den Gebieten 4 und 5 bereits ab 2010 eine Unterversorgung droht. Wenn dort keine gravierenden Veränderungen eintreten, ist die Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung hier gefährdet. Die Situation in der Facharztversorgung in relativ stabilen Verhältnissen kann sich 2020 zur Unterversorgung entwickeln.

Während der Arbeit des zeitweiligen Ausschusses gab es positive Entwicklungen in der Ansiedlung. Im Bereich Strasburg wurde eine hausärztliche Praxis eröffnet, in Torgelow wurde die ehemalige Praxis Westphal durch das MVZ übernommen und für Penkun ist eine Allgemeinmedizinerin in Aussicht.

Alle Haus- und Fachärzte, die die ambulante Versorgung erbringen, waren bis 2003 in eigener Niederlassung. Mit dem Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) sind u. a. Grundlagen für sektorenübergreifende Kooperationen möglich geworden. Neue Praxisformen werden durchführbar, z. B. MVZ, HaffNet.

Alle haben das Ziel: ambulante Versorgung vor stationärer Behandlung.

Für die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bund und Land ist es eine Herausforderung, ihren gesetzlichen Auftrag – Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung – zu erfüllen und Zustimmung zu neuen Formen der Leistungserbringung für den Patienten zuzulassen.

Am 7.12.2007 fand ein Gespräch im Landkreis Uecker-Randow mit einer jungen Ärztin statt, die nach Abschluss der Facharztausbildung im Ortsteil von Penkun eine Hausarztpraxis eröffnen wird.

Der Anlass des Gespräches war der Wille der jungen Frau, zeitnah nach erfolgreicher Facharztausbildung in eigener Praxis tätig zu werden, d. h. mit Unterstützung der Kassenärztlichen Vereinigung Uecker-Randow das langwierige Zulassungsverfahren zu beschleunigen.

Herr DM Pommerenke will im Rahmen seiner Kompetenzen Unterstützung geben.

Der Wettbewerb im Gesundheitswesen wird mit dem ab 2007 stufenweise Wirksamwerden des Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) Realität. Mit dem Wettbewerb stellt sich die Frage der Erforderlichkeit von Bedarfszahlen/Bedarfsplanungen usw. neu.

Betrachtet man die Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung M-V bis 2020 so ist festzustellen, dass das bevölkerungsstärkste Segment 1998 bei der Gruppe 35 bis 40 Jahren lag. Im Jahr 2015 wird es zwischen 55 und 60 Jahren liegen. Das bedeutet, dass trotz Abnahme der Bevölkerung eine Zunahme der ärztlichen Konsultationen durch das beschriebene Bevölkerungssegment zu erwarten sein wird.

Die seit 1977 von der Kassenärztlichen Vereinigung für den vertragsärztlichen Teil und vom Land für die stationären Plätze bezweckten Bedarfszahlen sollen dem Bürger eine in zumutbarer Entfernung bedarfsgerechte ärztliche Versorgung gewährleisten. Aussagen zur Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen in - z. B. Lebensalter 60 + bzw. Qualitätsaussagen - sind nicht getroffen.

Politische Entscheidungen – Bund/Land, – die den Rahmen bilden sind im Gesetzgebungsverfahren.

Für die Region bzw. für den Landkreis Uecker-Randow werden folgende Thesen benannt:

1. Ziel ist die Sicherstellung der medizinisch notwendigen Versorgung, die am Bedarf orientiert ist und unter Beachtung der Grundsätze einer wohnortnahen und wirtschaftlichen Leistungserbringung für den Bürger steht.
2. Die Qualitätsziele und das Wirtschaftlichkeitsgebot erfordern zukunftsorientierte Versorgungsstrukturen. Dabei kommt der Abstimmung über eine Aufgabenteilung zwischen den Beteiligten, bei gleichzeitiger Sicherung der Versorgung in der Fläche, entscheidende Bedeutung zu.
3. Die Abstimmung der medizinischen Leistungsprofile benachbarter Einrichtungen soll den Bedürfnissen z. B. der älter werdenden Generation angepasst werden.
4. Die Vernetzung der stationären Versorgung mit dem Reha-Bereich und den ambulanten Angeboten ist zu unterstützen. Die stationäre medizinische Versorgung ist im engen Kontext mit der gesamten Sicherstellung der medizinischen Versorgung zu sehen. (Teilöffnung von Krankenhäusern zur ambulanten Versorgung). Zum Beispiel: Die hochspezialisierte Technik in den beiden Krankenhäusern des Landkreises soll auch der Nutzung für ambulante Patienten zugänglich gemacht werden.
5. Stärkung der Patientensouveränität und Ausbau von Wahl- und Einflussmöglichkeiten (Transparenz der Leistung/Patientenquittungen)
6. Weiterentwicklung des ärztlichen Vergütungs- und Abrechnungssystems

Konkrete Lösungsansätze – realistische Form für unser regionales Wirken:

1. gezielte bundesweite Werbung von Hausärzten, Internetseite KV-Einbeziehung
2. kontinuierliche Werbung an den Universitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern
3. Ausübung von Sprechstunden durch Ärzte aus einem anderen Bundesland
4. Zweitniederlassung von Ärzten aus anderen Zulassungsbereichen
5. Festigung bzw. Schaffung von Kooperationsgemeinschaften niedergelassener Ärzte

6. attraktive Konditionen für niederlassungswillige Ärzte bieten, Kompetenzen bündeln (z. B. Miete, Bauplatz, Apotheke, Kita usw.)
7. rechtzeitige Signale vor Praxisaufgabe an KV oder MVZ geben
8. bürokratische Hürden bei geplanter Niederlassung mittels Leitfaden, der zu erstellen ist, reduzieren
9. Entscheidungs- bzw. Mitbestimmungskompetenz der regionalen KV im Landkreis stärken
10. Nutzung von medizinischem nicht ärztlichem Fachpersonal in Form des neuen Modells AGnES.

Dabei handelt es sich um eine Versorgungsform, bei der der niedergelassene Arzt durch besonders geschultes Fachpersonal u. a. in seiner Hausbesuchstätigkeit unterstützt wird.

Nach ca. 12 Wochen Praxiserprobung hat Frau Dr. Meinhold im November diesen Jahres im Rahmen einer Beratung in der Stadtverwaltung Ueckermünde geäußert: „Meine Schwester AGNES heißt Schwester Kerstin und ich möchte schon jetzt nicht mehr auf sie verzichten....“

Das heißt, dieses Modell in der Modellregion hat gut angefangen und es hat vor allem eine gute Resonanz.

Fazit:

Während unserer Gespräche mit den zuerst genannten „Versorgern“ stellte sich heraus, dass mit dem Wettbewerb im Gesundheitswesen neue Befindlichkeiten zwischen Beteiligten bestehen. Einzelne Betroffene äußern die Erwartung an uns vermittelnd tätig zu werden.

Der Unmut aller über die papier- und zeitintensive Abrechnungs- und Vergütungssystematik steigt.

Dieses bundesweite Phänomen benennt der Ärztepräsident Jörg Dietrich Hoppe sinngemäß wie folgt: Wir schlittern zielsicher in eine Versorgungskrise, wenn sich die Rahmenbedingungen ärztlicher Tätigkeit nicht schnellstens verbessern.

Hier gegenzusteuern und zu handeln, liegt im Aufgabenbereich der Landes- und Bundespolitiker, die wir in geeigneter Form einbinden müssen.

Deshalb sollten wir über die Fraktionen den Weg suchen, das Abrechnungs- und Vergütungssystem für gesundheitliche Leistungen dringend einer Veränderung zuzuführen, um die Kernproblematik der Finanzierung zu lösen.

Die Mitglieder des Zeitweiligen Ausschusses betrachten mit dem heutigen Bericht ihre Arbeit als beendet. Wir haben die Kernproblematik erarbeitet und Lösungsansätze aufgezeigt.

Wir empfehlen, um die flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherzustellen, dass gemeinsame Anstrengungen der „Akteure“ vor Ort und die benannte politische Einbindung konsequent weitergeführt werden und der Ausschuss für Gesundheit und Soziales einmal jährlich dem Kreistag hierzu einen Bericht erstattet.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 3

Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zum Beschluss über die Jahresrechnung und die Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2006

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsmitglieder,
sehr geehrter Herr Landrat
und sehr geehrte Gäste,

zunächst möchte ich einige wichtige Ergebnisse der Jahresrechnung 2006 nennen:

Das Dokument der Jahresrechnung 2006 wurde vom Fachdienst Finanzen frist- und ordnungsgemäß aufgestellt. Das Ergebnis der Haushaltsrechnung in Höhe von ./ 21.542.479,91 EUR ist richtig ermittelt worden. Der mit einem Fehlbedarf von ./22.577.900 EUR geplante Haushalt wurde um 1.035.420,09 EUR verbessert.

Der kassenmäßige Abschluss weist trotz Kassenkredit und Rücklagen einen negativen Bestand von ./ 4,089 Mio. EUR aus. Der Kassenkredit betrug 34,775 Mio. EUR. Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Ist-Fehlbetrag in Höhe von ./ 39,911 Mio. EUR ab.

Die beiden kostenrechnenden Einrichtungen des Landkreises erzielten folgende Ergebnisse:

Rettungsdienst/Kreisleitstelle	381.236,46 EUR
Abfallwirtschaft	./345.193,28 EUR

Der Überschuss wurde der Sonderrücklage für den Rettungsdienst zugeführt. Der Ausgleich des Defizits erfolgte aus der Sonderrücklage der Abfallwirtschaft. Wegen des Bestandes dieser Rücklage können trotz steigender Kosten die Abfallgebühren für den Bürger weiterhin konstant gehalten werden.

Die Rücklagen des Landkreises betragen insgesamt 4,608 Mio. EUR. Die Sonderrücklage für die Abfallwirtschaft hat einen Bestand von 2,415 Mio. EUR und für den Rettungsdienst beträgt sie 1,482 Mio. EUR.

Die Verschuldung des Landkreises ist wiederum angestiegen. Das Haushaltsjahr 2006 schließt ab mit Krediten in Höhe von 49,382 Mio. EUR, mit Schulden aus Leasingverträgen in Höhe von 14,054 Mio. EUR und mit Kassenkrediten von 34,775 Mio. EUR. Das sind insgesamt 98,211 Mio. EUR und damit 13,218 Mio. EUR mehr als im Vorjahr.

Meine Damen und Herren,
diese Ergebnisse zeigen sehr wohl die prekäre finanzielle Situation des Landkreises auf. Aus eigener Kraft wird der Landkreis seine finanzielle Situation nicht wesentlich verbessern können, denn Einsparungen der Verwaltung im Bereich der Sach- und

Personalkosten stehen weit höheren Mehrausgaben gegenüber, die von Land und Bund veranlasst sind.

Lassen Sie mich nun auf einige Punkte der Prüfung der Jahresrechnung näher eingehen.

Die Einsparung von Personalkosten und die kontinuierliche Verwirklichung des Personalentwicklungskonzeptes sind positiv hervorzuheben.

Per 30.06.07 standen zur Erledigung der Arbeit 366,36 Stellenanteile zur Verfügung. Diese waren mit 361,48 VbE besetzt. Gegenüber 2005 wurden 28,73 VbE eingespart.

Damit geht eine Einsparung von Personalkosten einher. Verausgabt wurden insgesamt 17,224 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahr wurden 250 TEUR weniger ausgegeben und gegenüber dem Planansatz wurden 349 TEUR nicht benötigt.

Unter Berücksichtigung höherer Erstattungen ist sogar eine Einsparung kreislicher Mittel in Höhe von 715 TEUR zu verzeichnen. Insbesondere war hierfür die Ursache der Übergang von 11 Mitarbeitern der Verwaltung in die ARGE.

Um weitere Einsparungen zu erzielen, ist unter Beachtung der Auflagen des Innenministers und der Empfehlungen der WIBERA das Personalentwicklungskonzept fortzuschreiben und schrittweise umzusetzen. Natürlich ist die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten und die Besonderheiten des Landkreises sind zu berücksichtigen.

Gegenüber dem Vorjahr 2005 sind die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um insgesamt 2,552 Mio. EUR angewachsen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Erstattungen an die ARGE. So ist bei den sächlichen Verwaltungsausgaben für die ARGE ein Anstieg von 489,2 TEUR und bei den Leistungen für die Unterkunft und Heizung von Arbeitsuchenden ist ein Anstieg von 1,875 Mio. EUR zu verzeichnen.

Die klassischen Ausgaben der Verwaltung der Gruppierungen 50-56 sanken dagegen um 85,4 TEUR und Schülerbeförderungskosten verringerten sich um 61,3 TEUR.

Der Vermögenshaushalt wurde mit 19,954 Mio. EUR beschlossen. Abzüglich der Reste, Kreditumschuldung, Tilgung bestehender Kredite und anderer Ausgaben der allgemeinen Finanzwirtschaft sowie der Krankenhausinvestitionspauschale verblieben 1,982 Mio. EUR für Investitionen des Landkreises für bewegliches Vermögen und investive Infrastrukturmaßnahmen. Haushaltsausgaberreste wurden in Höhe von 4,949 Mio. EUR übertragen und standen 2007 noch zur Weiterführung bzw. Beendigung von Investitionen zur Verfügung.

Dem Landkreis war vom Innenministerium nur eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.326.500 EUR genehmigt worden. Allein für die Krankenhausinvestitionszulage musste der Landkreis 1,186 Mio. EUR zahlen. Diese wurde sozusagen vom Landkreis über Kredit finanziert. Hier ist eine Änderung über das Finanzausgleichsgesetz notwendig.

Auch in dieser geringen Investitionstätigkeit ist wiederum die schlechte finanzielle Situation des Landkreises sichtbar.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept soll Maßnahmen beinhalten, die den Fehlbetrag abbauen und letztendlich den Haushaltsausgleich erreichen. Dies kann sowohl durch höhere Einnahmen als auch durch geringere Ausgaben erfolgen. Statt einer Haushaltskonsolidierung ist gegenüber dem Plan 2005 eine Verschlechterung von

8,282 Mio. EUR eingetreten. Gegenüber dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2006 betrug die Verschlechterung 5,119 Mio. EUR.

Auch die Streichung sämtlicher freiwilliger Ausgaben, die in 2006 mit 1,290 Mio. EUR nur noch 1,093 % der bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes betragen, schafft keinen Ausgleich. Der Landkreis erbringt nur noch in geringem Maße freiwillige Leistungen. Es bestehen kaum Gestaltungsräume im freiwilligen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2006 müssen nicht nachträglich vom Kreistag außer- und überplanmäßigen Ausgaben genehmigt werden. Die Genehmigung von Mehrausgaben in Höhe von 479 TEUR im Fachbereich 3 für Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe erfolgte bereits im Haushaltsjahr 2006 durch den Kreistag und die zuständigen Ausschüsse. Hierbei handelte es sich, z.B. um Mehrausgaben für Erziehungsbeitrag, ambulante Frühförderung sowie um Stützung der Elternbeiträge und wirtschaftliche Hilfen in Tagesgruppen.

Auch entfällt die Genehmigung von Übertragungen in die Fachbereichsrücklagen. Aufgrund des hohen Fehlbetrages erfolgte keine Übertragung managementbedingter Einsparungen, obwohl Einsparungen gegenüber dem Plan in den Fachbudgets 0, 1, 2, 4 und 5 zu verzeichnen waren, und zwar in Höhe von 1,586 Mio. EUR. Die Überschreitung im Fachbudget 3 Jugend, Kultur und Bildung betrug 322,8 TEUR.

Bei den Mehrausgaben sind besonders die höheren Zinsen für Kassenkredite zu beachten. Allein für die Vorfinanzierung des Anteils des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II musste der Landkreis 187 TEUR zahlen.

Das ist für den Kreis verlorenes Geld. Ein Zustand, der nach unserer Meinung unhaltbar ist. Hierfür erhält er keine Erstattung des Bundes.

Kasseneinnahmereste entstanden in Höhe von 21,421 Mio. EUR, davon 19,361 Mio. EUR im Verwaltungshaushalt. Abzüglich des Soll-Fehlbetrages 2005 in Höhe von 15,562 Mio. EUR verbleiben 3,799 Mio. EUR reale Reste. Das sind 3,94 % der bereinigten Soll-Einnahmen in Höhe von 96,530 Mio. EUR. Ein normales Ergebnis, wenn man bedenkt, dass Gebührenzahlungen für Dezember oft erst im Januar des Folgejahres vorgenommen werden. Dennoch müssen weitere Aktivitäten zum Abbau der Kasseneinnahmereste erfolgen, um der Verjährung von Forderungen entgegenzuwirken.

Insgesamt wird festgestellt: Die Prüfung der Jahresrechnung ergab keine wesentlichen Beanstandungen. Die Haushaltswirtschaft wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen geführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss und die Rechnungs- und Gemeindeprüfung des Landkreises geben dem Kreistag die Empfehlung, dem Landrat für das Haushaltsjahr 2006 die Entlastung zu erteilen und die Jahresrechnung 2006 zu beschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 4

Übersicht über niedergelassene Ärzte und Zahnärzte im Landkreis Uecker-Randow (Stand: Dezember 2007)**Allgemeinmedizin/Praktische Ärzte/Hausärzte**

Dr. med. Andrée Anklam, Falkenberger Straße 2
17335 Strasburg, 03975/24112, Fax: 24148

SR Peter Bartels, Bahnhofstraße 42
17358 Torgelow, 03976/202078, Fax: 202078

Beatrix Bauer, Bahnhofstraße 22
17367 Eggesin, 039777/20385, Fax: 20385

Dr. med. Michael Birke, Ueckerstraße 45
17309 Pasewalk, 03973/210403, 03973/443237, Fax: 225083

OMR Dr. med. Klaus Böckel, Am Markt 1
17309 Pasewalk, 03973/216588, Fax: 2049811

Dr. med. Christiane Brechlin, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/207311, Fax: 207321

Dr. med. Ronald Brechlin, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/207311, Fax: 207321

MR Dr. med. Franz-Georg Donges, Am Markt 20b
17335 Strasburg, 039753/20226, 039753/21864

Dipl.-Med. Kathrin Droll, Heidestraße 10 b
17367 Eggesin, 039779/20217, Fax: 20193

Dipl.-Med. Klaus R. Ganz, „Straße der Einheit 76 a
17309 Jatznick, 03974/80265, Fax: 80565

Hubert Garte, Heinrich-Heine Straße 11
17309 Pasewalk, 03973/214421, Fax: 214422

Dipl.-Med. Angelika Gerhardt, Oststraße 6 a
17373 Ueckermünde, 039771/22811, Fax: 53487

Dipl.-Med. Anna-Elisabeth Hamann, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/23254, Fax: 53283

Dipl.-Med. Doris Hantel, Bahnhofstraße 44
17358 Torgelow, 03976/203746, Fax: 203747

Dr. med. Christine Hering, Torgelower Straße 14
17309 Pasewalk, 03973/444013, Fax: 444013

Dr. med. Christa Hoffmann, Schulstraße 20
17335 Strasburg, 039753/21775/, 039753/23104, 039753/23105, Fax: 32723

Dipl.-Med. Sabine Jäger, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/23420, 039771/27719, Fax: 27719

Dipl.-Med. H.-C. Kleitke, Pattenser Str. 1
17373 Ueckermünde, 039771 /27700 o. 23403, Fax: 591271

Dipl.-Med. Heidrun Körk, Karl-Liebknecht-Straße 5
17321 Löcknitz, 039754/20754, Fax: 20840

Christian Krüger, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/216630, Fax: 2049792

SR Dr. med. Jörg Krüger, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/216630, Fax: 2049792

Herr Krzysztof Kubicki, Bahnhofstraße 44
17358 Torgelow, 03976/201692

Dipl.-Med. Vinzenz Kühnl, Am Hafen 36
17375 Mönkebude, 039774/20389, Fax: 299808

Dipl.-Med. Axel Lichteblau, Falkenberger Str. 2a
17335 Strasburg, 039753/25305 ,Fax: 25306

Dr. med. Marita Litzenberger, Rosenstraße 10
17335 Strasburg, 039753/22812

Dr. med. Arno Matz, Albert-Einstein-Straße 81
17358 Torgelow, 03976/432904, Fax: defekt

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH
Leiter: Dipl.-Med. Torsten Ehlert
Prenzlauer Chaussee 30
17309 Pasewalk, 03973/232477, Fax: 231496

Dr. med. Sabine Meinhold, Pattenser Straße 1
17373 Ueckermünde, 039771/27700, Fax: 591271

Dr. med. Christiane Mierke, Chausseestraße 4a
17373 Ueckermünde, 039771/22515, Fax: 22515

Dr. med. Anke Müller, Rosenstraße 10
17335 Strasburg, 039753/20301, Fax: 25344

Dipl.-Med. Ingolf Otto, Prenzlauer Straße 5
17309 Pasewalk, 03973/210488, Fax: 210487

Dipl.-Med. Petra Otto, Prenzlauer Straße 5
17309 Pasewalk, 03973/210488, Fax: 210487

Dr. med. Rainer Pätzke, Vorse 3 B
17375 Ahlbeck, 039775/20267, Fax: 27668

MR Dipl.-Med. Reiner Prange, Ueckermünder Straße 1
17367 Eggesin, 039779/20267, Fax: 21850

Dipl.-Med. Jürgen Pommerenke, Am Park 10
17309 Rollwitz, 03973/441414, Fax: 431514

Prof. Dr. Wolfgang Quies, Pattenser Str. 1
17373 Ueckermünde, 039771/ 27700 o. 23403, Fax: 591271

Dipl.-Med. Marlies Rapraeger, Chausseestraße 45
17373 Ueckermünde, 039771/22770, Fax: 59068

Dr. med. Brigitte Reinhold, Bahnhofstraße 32
17379 Ferdinandshof, 039778/2430, Fax: 24320

Dipl.-Med. Klaus Reinhold, Bahnhofstraße 32
17379 Ferdinandshof, 039778/2430, Fax: 24320

Dipl.-Med. Bärbel Seeger, Bahnhofstraße 22
17367 Eggesin, 039779/21202, Fax: 60213

Dipl.-Med. Helmut Schramm, Lange Straße 34
17329 Krackow, 039746/20230, Fax: 20082

Dr. med. Sabine Stange , Ueckermünder Straße 1
17358 Torgelow, 03976/431842, Fax: 431892

Dipl.-Med. Olaf Stegemann, Ueckerstraße 23 ,
17309 Pasewalk, 03973/210277

Heinz Timm, Am Markt 12
17328 Penkun, 039751/60305, Fax: 61785

Dr. med. Marietta Völzke, Lübecker Straße /Ausbau 4
17373 Ueckermünde, 039771/23110, Fax: 54331

Dr. med. Torsten Wendt, Chausseestraße 103
17321 Löcknitz, 039754/23525, Fax: 23526

MVZ Vorpommern GmbH
 Dr. med. Eveline Westphal, Am Tanger 12
 17358 Torgelow, 03976/202076, Fax: 202077

MVZ Vorpommern GmbH
 Joachim Westphal, Am Tanger 12
 17358 Torgelow, 03976/202976, Fax: 202077

Dr. med. Sabine Westphal, Heidestraße 17
 17367 Eggesin, 039779/20386, Fax: 29350

Dr. med. Piotr Tytus Wojciechowski, Bahnhofstraße 46
 17358 Torgelow, 03976/202271, Fax:-

Dipl.-Med. Elke Zirzow-Uebel, Karl-Liebknecht-Str. 5
 17321 Löcknitz, 039754/20854, Fax: 51351

Ingrid Zühlendorf, Schulstraße 20
 17335 Strasburg, 039753/21775, 039753/23104, 039753/23105
 Fax: 32723

Anästhesiologie

Dr. med. Elke Kesselring, Pestalozzistraße 7 **(2 x enthalten – Schmerztherapie)**
 17358 Torgelow, 03976/255947, Fax: 255962

Dr. med. Beate Quies, Eggesiner Straße 2
 17375 Vogelsang – Warsin, 039773/20321, Fax: 26840

Augenheilkunde

Dr. med. Joachim Böhm, Oskar-Picht-Straße 62
 17309 Pasewalk, 03973/431098, Fax: 431539

Dipl.-Med. Petra Mrose, Belliner Straße 21
 17373 Ueckermünde, 039771/23406, Fax: 23406

Dipl.-Med. Elke Stegmann, Mühlenstraße 15
 17309 Pasewalk, 03973/432914, Fax: 432915

Dipl.-Med. Äcilia Wilde, Ueckermünder Straße 4
 17358 Torgelow, 03976/ 433500, Fax: -

Chirurgie

Dr. med. Lutz Burkert, Karl-Liebknecht-Straße 6
 17321 Löcknitz, 039754/20703, 039754/21804, Fax: 21805

Dr. med. Degenhard Friszewsky, Am Tierpark 24
 17373 Ueckermünde, 039771/23663, Fax: 23664

Dr. med. Uwe Großmann, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/23409, Fax: 54486

Dr. med. Kazimier Posadowski, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/229237, Fax: 229239

Dr. med. Anneliese Rentz, Goethestraße 10
17358 Torgelow, 03976/432919, Fax: 432920

Frauenheilkunde

Dr. med. Ramona Dieckmann, Otto-Bruchwitz-Straße 10
17358 Torgelow, 03976/23660, Fax: 236614

Dr. med. Wojciech-Zdzislaw Gajewicz, Dornbergstraße 2,
17358 Torgelow, 03976/2805962, Fax: 2805963

Dr. med. Kordula Nocke, Lindenstraße 6 c
17335 Strasburg, 039753/20318, Fax: 24392

Dipl.-Med. Christine Prange, Ueckermünder Straße 1
17367 Eggesin, 039779/20267, Fax: 21850

Dr. med. Heike Quenkert, Gartenstraße 60
17309 Pasewalk, 03973/216026, Fax: 228716

Dpil.-Med. Anke Schallock, Klosterstraße 26
17309 Pasewalk, 03973/216198, Fax: 228966

Dipl.-Med. Christa Treichel, Ueckerstraße 85
17373 Ueckermünde , 039771/23411, Fax: 53232

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH, Prenzlauer Chaussee 30
Dipl.-Med. Silke Walther,
17309 Pasewalk, 03973/231103, Fax: 231425

Hals-Nasen-Ohren

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH
Herr Dariusz Guskiewicz
17309 Pasewalk 03973/23-1208, Fax: 03973/23-1207

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH, Prenzlauer Chaussee 30
Dr. med. Pflüger
17309 Pasewalk, 03973/231208, Fax: 231425

MR Dr. med. Gerhard Reintanz, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/24405 Fax: 26829

Haut- und Geschlechtskrankheiten

Dr. med. Marga Hoppe, Neuer Markt 8
17309 Pasewalk, 03973/212270, Fax: 2291915

Dr. med. Gabriele Krüger, Bahnhofstraße 46
17358 Torgelow, 03976/204671, Fax: 204671

MR Dipl.-Med. Ulrich Winkler, Ueckerstraße 83
17373 Ueckermünde, 039771/24472, Fax: 24473

Innere Medizin

Dr.med. Christine Bahr, Wilhelmstraße 4
17309 Pasewalk, 03973/229724, Fax: 229725

Dr. med. Norbert Dammann, FA f. Nephrologie
Prenzlauer Chaussee 30,
17309 Pasewalk, 03973/20760, Fax: 207625

Dipl.-Med. Inge Leder, Marktstraße 3
17309 Pasewalk, 03973/210542, Fax: 210544

Dr. med. Peter Liptak, Kastanienallee 4
17373 Ueckermünde, 039771/2930, Fax: 2933

Dr. med. Tom Piotraschke, FA f. Nephrologie
Prenzlauer Chaussee 30,
17309 Pasewalk, 03973/20760, Fax: 207625

Ryszard Pyra, Bahnhofstraße 45
17358 Torgelow, 03976/255031, Fax: 255032

Dr. med. Michael Reinke, Ueckerstraße 24 A
17373 Ueckermünde, 039771/22467, Fax: 59813

Dr. med. Cornelia Weirich, Wilhelmstraße 4
17309 Pasewalk, 03973/229724, Fax: 229725

Kinder- und Jugendmedizin

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH Prenzlauer Chaussee 30
Dr. med. Marina Krüger
17309 Pasewalk, 03973/231002, Fax: 231349

Nervenheilkunde

Dr. med. Irena Malowsky , Bollenstraße 1 a
17335 Strasburg, 039753/22714 Fax: 24956

Dipl.-Med. Eva-Maria Netzband, Küstergang 1
17358 Torgelow, 03976/204252, Fax: 204278

Dipl.-Med. Ursula Thiele, Belliner Straße 9
17373 Ueckermünde, 039771/23554, Fax: 59760

Dipl.-Med. Brigitte Zirzow, Belliner Straße 9
17373 Ueckermünde, 039771/23554, Fax: 59760

Orthopädie

Dr. med. Andreas Lüdtke, Karlsfelder Straße 1
17358 Torgelow, 03976/204242, Fax: 2025 98

Dr. med. Jürgen Malowsky, Bollenstraße 1 a
17335 Strasburg, 039753/22714, Fax: 24956

Dr. med. Uwe Stengel, Löcknitzer Straße 41
17309 Pasewalk, 03973/213686, Fax: 213686

Dipl.-Med. Martina Ulrich, Stettiner Straße 26
17309 Pasewalk, 03973/431184, Fax: 431184

Pathologe

Medizinisches Versorgungszentrum GmbH
Dr. med. Wolfgang Haedicke, Prenzlauer Chaussee 30
17309 Pasewalk, 03973/23-1271, Fax: 23-1365

Psychotherapie

Dr. med. Siegmar Gautzsch, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/24324, Fax: 24324
Außenstelle Pasewalk, 03973 /225002 (Di, Do)
Bahnhofstraße 3

Dipl.-Psych. Patrica Kwiatek, Markt 7, geb . am 16.02.1966 – **keine Ärztin**
17373 Ueckermünde, 039771/59724, Fax: 59726

Dipl.-Psych. Christiane Mesecke, Karl-Liebknecht-Straße 5
17321 Löcknitz, 039754/23370, Fax:

Radiologie

FA f. Diagnostische Radiologie Carsten Adam, Prenzlauer Chaussee 30
17309 Pasewalk, 03973/231210 Fax: 231134

FA für Radiologie Eberhard Hoffmann, Prenzlauer Chaussee 30
17309 Pasewalk, 03973/231210 Fax: 231134

FA f. Diagnostische Radiologie, Jens Nickel, Prenzlauer Chaussee 30
17309 Pasewalk, 03973/231210 Fax: 231134

Schmerztherapie

Dr. med. Elke Kesselring, Pestalozzistraße 7
17358 Torgelow, 03976/255947, Fax: 255962

Urologie

Dr. med. Hans Meyer, Am Markt 1
17309 Pasewalk, 03973/213644, Fax: 213645

Dr. med. Volker Werth, Am Markt 1
17309 Pasewalk, 03973/213644, Fax: 213645

Zahnärzte

Dr. med. dent Hannjo Badzio, Johannesberg 3
17379 Wilhelmsburg, 039778/20437

Dipl.-Med. Karin Bathke, Baustraße 42
17335 Strasburg, 039753/23129

Claudia Bluhm, Klosterstraße 26
17309 Pasewalk, 03973/210621

Dr. med. dent. Carmen Böhringer, Am See 3
17321 Löcknitz, 039754/21071

Dr. med. dent. Matthias Böhringer, Am See 3 a
17321 Löcknitz, 039754/21071

Roswitha Darge, Gundelachstraße 23 c
17379 Ferdinandshof, 039778/20201, Fax: 20201

Dr. med. dent. Ute Dittmann, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/23469

Hannelore Falk, Am Markt 9
17328 Penkun, 039751/60348

Dipl.-Stom. Lutz Fehrmann, Ueckerstraße 45
17309 Pasewalk, 03973/431464 , 03973/431465, Fax: 212282

Dipl.-Stom. Christiane Fels, Hauptstraße 25
17358 Torgelow, 03976/24090

Dr. med. dent. Anne-Kathrin Gelschläger, Ferdinandstraße 7
17358 Torgelow, 03976/202151, Fax: 433147

Dr. med. dent. Knut Geldschläger, Ferdinandstraße 7
17358 Torgelow, 03976/20131, Fax: 433147

Dipl.-Stom. Gabriele Gierke, Pestalozzistraße 7
17358 Torgelow, 03976/203646, Fax: 280933

Dr. med. dent Frank Großkopf, Goethestraße 10
17373 Ueckermünde, 039771/24440, Fax: 24172

Dipl.-Stom. Iris Hamm, Bahnhofstraße 15
17379 Ferdinandshof, 039778/20300, Fax: 20300

Christoph Hardow, Kranichstraße 30
17373 Ueckermünde, 039771/23503, Fax: 23552

Frau Sylvia Heling, E.-Thälmann-Str. 8a,
17321 Löcknitz, 039754/ 21317

Dr. med. dent. Dorit Jahn, Am Wiesengrund 1
17373 Ueckermünde, 039771/22128

Astrid Keller, Heidestraße 2 e
17367 Eggesin, 039779/20594

Hans-Jörg Kietzmann, Torgelower Straße 14
17309 Pasewalk, 03973/215450

Dr. med. dent. Udo Krüger, Falkenberger Straße 36
17335 Strasburg, 039753/22731

Jürgen-Ulrich Kuhrke, Baustraße 78
17309 Pasewalk, 03973/210120

Dr. med. dent. Anke Lettow, Bahnhofstraße 29
17379 Ferdinandshof, 039778/20236 Fax: 20236

Dr. med. Claudia Lüdtke, Karl-Marx-Straße 6
17309 Pasewalk, 03973/433183

Annett-Martina Masch, Albert-Einstein-Straße 81
17358 Torgelow, 03976/202293

Mirko Masch, Albert-Einstein-Straße 81
17358 Torgelow, 03976/202293

Daniel Meyer, Mühlenstraße 15
17309 Pasewalk, 03973/216141

Dr. med. dent Karin Meyer, Grünstraße 45
17309 Pasewalk, 03973/433172

Dipl.-Stom. Hendrik Morgenstern, Langestraße 9
17309 Viereck, 039748/50365, Fax: 50365

Dipl.-Stom. Marie-Luise Reimann, Baustraße 42
17335 Strasburg, 039753/23130

Dr. med. dent. Ingo Riemer, Königstraße 23
17358 Torgelow, 03976/202124, Fax:432954

Dr. med. dent. Renate Rückmann, Robert-Koch- Straße 7
17309 Pasewalk, 03973/433448

Dipl.-Stom. Annegret Salitzky, Am Markt 20
17335 Strasburg, 039753/ 20427

Dipl.-Stom. Jürgen Salitzky, Am Markt 20
17335 Strasburg, 039753/20427

Dr. med. dent. Renate Saß, Prenzlauer Straße 13
17309 Pasewalk, 03973/213997

Dipl.-Stom. Gerd Scheunemann, Goethestraße 1
17358 Torgelow, 03976/431125

Dr. Tilo Schünemann, Belliner Straße 21
17373 Ueckermünde, 039771/22453

Antje Spank, Ueckermünder Straße 1
17367 Eggesin, 039779/202387, Fax: 29779

Dr. med. dent. Sarina Stark, Bahnhofstraße 22
17367 Eggesin, 039779/22360

Dipl.-Stom. Iris Töpke, Chausseestraße 22
17373 Ueckermünde, 039771/22259

Dipl.-Med. Eva Venus, Eggesiner Straße 1 d
17375 Vogelsang-Warsin, 039773/20371

Marianne Vitze, Ueckerstraße 33
17309 Pasewalk, 03973/210233

Dipl.-Stom. Gerhard Vogel, Ueckerstraße 35
17373 Ueckermünde , 039771/22442, Fax: 22336

Matthias Wendt, Am Markt 1
17309 Pasewalk, 03973/216586

Kerstin Werth, Kalandstraße 12
17309 Pasewalk, 03973/210508

Dr. med. dent. Marion Wetzels, Feldstraße 1a
17309 Pasewalk, 03973/216584, 03973/444156

Dr. med. dent. Heidemarie Winter, Haffstraße 28
17375 Mönkebude, 039774/20383, Fax: 20037

Dr. med. Ilona Wirth, Lindenstraße 05
17367 Eggesin, 039779/20580, Fax: 20580

Hans-Henning Wrage, Am Tanger 13
17358 Torgelow, 03976/202079, Fax: 250833

Dr. med. dent. Christine Zimmermann, Ueckerstraße 51
17373 Ueckermünde, 039771/22454, Fax: 203778

Fachzahnärzte für Kieferorthopädie

Dipl.-Stom. Rainer Kremkow, Goethestraße 5
17358 Torgelow, 03976/204073